

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetrogen in die Post-Zeitungs-
 Preisliste. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich-Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat.

Erstmalig bald außer Montags.

Die Inserions-Gebühr
 beträgt für die sechsgelassene Kolonne
 je oder deren Raum 40 Pf. für
 politische und gesellschaftliche Berichts-
 und Berichtigungs-Anzeigen 25 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (stetig
 gedruckte) Wort 10 Pf., jedes weitere
 Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben
 zählen für zwei Worte. Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 17. August 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen!

Laut Beschluss des letzten Parteitagcs findet der diesjährige in Jena statt. Auf Grund der Bestimmungen der §§ 7, 8 und 9 der Parteio rganisation beruft die Parteileitung den diesjährigen Parteitag auf

Sonntag, den 17. September,

abends 7 Uhr, nach Jena, in das Lokal „Vollshaus“, Karl Zeiß-Platz, ein

Als provisorische Tagesordnung ist festgesetzt:

Sonntag, den 17. September, abends 7 Uhr:

Vorversammlung. Konstituierung des Parteitages. Festsetzung der Geschäfts- und Tagesordnung. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.

Montag, den 18. September, und die folgenden Tage:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
Berichterstatler: H. Kolkenbühr und A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission.
Berichterstatler: S. Meister.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit.
Berichterstatler: S. Förster.
4. Die Parteio rganisation.
Berichterstatler: G. v. Bollmar.
5. Die Reise.
Berichterstatler: R. Fischer.
6. Der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie.
Berichterstatler: A. Wedel.
7. Sonstige Anträge.
8. Wahl des Vorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitages.

Parteigenossen! Der Parteivorstand richtet an Euch die Aufforderung, die Vorarbeiten für den Parteitag — also die Wahl von Delegierten wie die Stellung von Anträgen — rechtzeitig zu bewirken.

Die Anträge müssen spätestens am 27. August in dem Besitze des Vorstandes, Adresse:

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

sein, wenn sie, entsprechend den Bestimmungen des § 8 Absatz II der Parteio rganisation, im „Vorwärts“ veröffentlicht und in die gedruckte Vorlage Aufnahme finden sollen.

Anträge von einzelnen Parteigenossen bedürfen der Gegenzeichnung der Vertrauensperson oder des Vorstandes der örtlichen bzw. Kreisorganisation, falls sie zur Veröffentlichung und Beratung gelangen sollen.

Die Parteigenossen, die zum Parteitag kommen, werden ersucht, von ihrer Delegation dem Vorstande und dem Lokalkomitee rechtzeitig Mitteilung zu machen, damit ihnen die Vorlagen und eventuell weitere Mitteilungen zugesandt werden können.

Die Adresse des Lokalkomitees lautet:

Hermann Leber, Jena, Marienstr. 26.

Mandatsformulare sind durch das Parteibureau

J. Auer, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69

zu beziehen. Der Versand erfolgt vom 21. August an.

Die Genossen, die Anträge einreichen, werden darauf aufmerksam gemacht, daß etwaige den Anträgen beigegebene Motive weder im „Vorwärts“, noch in der den Delegierten zugehenden Vorlage Aufnahme finden können. Es steht den Genossen das Recht zu, ihre Anträge selbst oder durch befreundete Genossen auf dem Parteitag mündlich zu begründen. Ein Abdruck der Motive verbietet sich aber aus räumlichen Gründen und um Wiederholungen zu vermeiden.

Berlin, den 3. Juli 1905.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Der Parteivorstand.

Genossinnen!

Der vorstehende Aufruf wendet sich so gut an Euch wie an die Genossen. Die Aufgaben der gesamten Sozialdemokratie sind auch Eure Aufgaben. Der Erörterung der Fragen, die auf der Tagesordnung des Parteitages stehen, kommt eine schwerwiegende Bedeutung für den doppelten Befreiungskampf der Proletarierinnen zu. Es sei nur an den politischen Massenstreik erinnert und an das zu beratende Organisationsstatut der Partei, das dank der rüchständigen Vereinsgesetze für die Genossinnen von besonderer Wichtigkeit ist. Hervorgehoben sei auch, daß der Parteitag Genossinnen und Genossen Gelegenheit bietet, ihre Ansichten über die Agitations- und Organisationsarbeit unter den Proletarierinnen auszutauschen. Die Zahl der weiblichen Delegierten in Jena sollte im Verhältnis zu der fortschreitenden fräftigen Entwicklung der proletarischen Frauenbewegung stehen, im Verhältnis zu der steigenden Mitarbeit der Genossinnen auf allen Gebieten der Parteitätigkeit. Rügen deshalb die Genossinnen in allen Mittelpunkt unserer Bewegung dafür sorgen, daß dem Parteitag als Delegierte auch Frauen beizuhören, die in treuer Pflichterfüllung alle Arbeiten und Kämpfe der Sozialdemokratie teilen. Wo es angängig ist, sollten die Genossinnen sich sofort mit den Genossen ihrer Wahlkreise über die Wahl einer gemeinsamen Delegierten verständigen. Wo die Möglichkeit eines gemeinsamen Vorgehens ausgeschlossen ist, haben sie das statutengemäß gesicherte Recht auszunutzen, in öffentlicher

Frauenversammlung eine eigene Delegierte zu wählen. Die erfolgte Wahl weiblicher Delegierten ist der Unterzeichneten mitzuteilen.

Berlin, den 5. Juli 1905.

Mit sozialdemokratischem Gruß

Ottilie Baader,
Vertrauensperson der Genossinnen
Deutschlands,

Berlin S. 53, Blücherstr. 49, Hof II.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Die Protokolle des Vorverfahrens.

III. Die Reform der Strafprozess-Ordnung.)

Als die deutsche Strafprozess-Ordnung geschaffen wurde, glaubten die gesetzgebenden Faktoren, daß der Schaden, welchen die geheime, inquisitorische Voruntersuchung dem Angeklagten zufüge, dadurch wieder gut gemacht werden würde, daß das Vorverfahren mit dem Momente des Beginns der Hauptverhandlung seine Bedeutung verliere, da lediglich in und auf Grund der mündlichen kontradiktorischen Hauptverhandlung über die Schuld des Angeklagten entschieden werde.

Diese Erwartung hat sich in keiner Weise erfüllt. Die Praxis hat die Konstruktion der Theorie gründlich über den Haufen geworfen. Die gesetzliche Absicht ist in ihr Gegenteil verkehrt. Nur scheinbar wird das Urteil auf Grund der Ergebnisse der mündlichen Hauptverhandlung gefällt. Entscheidend sind in Wahrheit die Protokolle des Vorverfahrens, aus dem sich der Vorsitzende und der Referent ihre Meinung fest gebildet haben. Jede Abweichung von diesem Protokolle gilt als Unwahrheit und setzt den Zeugen der Gefahr aus, wegen Meineids verhaftet zu werden. Nur wen sein Verus täglich in die Gerichtssäle der Strafgerichte führt, weiß, wie häufig sich die peinliche Situation ereignet, daß der Zeuge in der mündlichen Verhandlung mit aller Bestimmtheit behauptet, von dem Polizeibeamten mißverstanden zu sein, er habe die Aussage nicht so, wie beurkundet, gemacht und das ihm schnell vorgelesene polizeiliche Protokoll nur halb verstanden.

Hierauf entwickelt sich jedesmal derselbe Dialog: Die scharfe, schneidige Frage des Vorsitzenden: Haben Sie das Protokoll unterschrieben, ist das Ihre Unterschrift? Der Gefragte bejaht dies. Nun Schlussswort des Vorsitzenden: Also haben Sie das, was im Protokoll steht, gesagt oder wollen Sie uns vielleicht einreden, daß der Herr Beamte daselbst gefälscht hat? Der so Befragte, dem die geistige Gewandtheit fehlt, den Widerspruch der Aussagen zu erklären, gibt sodann schnell nach. Und das schließliche Fazit dieser Zeugenaussage ist eine mit der Wahrheit in Widerspruch stehende Befundung, und dies nur deshalb, weil der Zeuge immer wieder auf die Protokolle des Vorverfahrens festgenagelt wird, die von unzulänglich vorgebildeten, naturgemäß vielfach im Sinne der Anklage interessierten Polizeibeamten aufgenommen sind.

bleibt aber selbst der Zeuge mit Entschiedenheit dabei, daß er die Richtigkeit des Protokolls nicht anerkennen könne, daß der Angeklagte nicht der Täter sei oder daß der Vorgang sich anders abgespielt habe, so hat das Gericht — gewiß nicht immer, aber in ungezählten Fällen — keinen Zweifel, daß die jetzt gemachte Aussage unwahr sei, und gründet auf diese Uebereinstimmung seinen Urteilspruch. In Streifprozessen könnte man den Fall fast als den normalen bezeichnen, daß bei einem Widerspruch zwischen der für den Angeklagten unkontrollierbar zu stände gekommenen belastenden Aussage im Vorverfahren und der entlastenden in dem vollen Licht der Hauptverhandlung abgegebenen der ersteren der Vorzug gegeben wird.

Die Rechtsprechung hat noch ein Uebri ges getan, um dem Geist des Vorverfahrens den Einzug in die Hauptverhandlung zu verstaten. Man hört einfach den Untersuchungsrichter und die Polizeibeamten, welche den Angeklagten oder die Zeugen im Vorverfahren vernommen haben, als Zeugen und rekonstruiert so den Eindruck des Vorverfahrens gegenüber dem Ergebnis der öffentlichen, mündlichen Hauptverhandlung.

Für den Angeklagten ist damit der denkbar nachteiligste, für die Wahrheitsermittlung der denkbar gefährlichste Zustand geschaffen. Ein Zeuge, dem das Zeugnisverweigerungsrecht zusteht, z. B. ein Sohn des Angeklagten, hat im Vorverfahren aus Haß gegen seinen Vater zu dessen Ungunsten gelogen oder übertrieben. In der Hauptverhandlung verweigert er, nachdem er sich der Fortsetzung dieses Spiels aber auch des Eingeständnisses der Lüge schämt, sein Zeugnis. Das Gesetz verbietet nun zwar das im Vorverfahren aufgenommene Protokoll zu verlesen. Auf einem Umwege aber kommt das Protokoll dennoch zur Kenntnis des Gerichts oder der Geschworenen. Man hört den Beamten, der das Protokoll aufgenommen hat, über den Inhalt der von dem Zeugen im Vorverfahren gemachten unethischen und unwahren Aussage und gründet darauf den Schuldspruch.

Die Praxis hat sich an dies vom Reichsgericht als zulässig anerkannte Verfahren so gewöhnt, daß sie ganz die Empfindung dafür verloren hat, wie vollkommen hier der gesetzliche Grundgedanke veretelt wird und die geheime schriftliche Vorermittlung die unmittelbare mündliche Verhandlung erjeht. Es gibt kaum noch einen großen, sogenannten Sensationsprozess, in dem nicht plötzlich Untersuchungsrichter und Polizeibeamte aus der Verfenkung austauschen, um zu erklären, was der Zeuge im Vorverfahren ausgesagt, wie er es befundet und welchen Eindruck er dem protokollierenden Beamten dabei gemacht hat. Diese Erörterungen haben neuerdings oft einen so breiten Raum in der Verhandlung eingenommen, daß man glauben konnte, zur Verhandlung stehe nicht die Frage, was der An-

geklagte getan hat, sondern welche Bekundungen die Zeugen im Vorverfahren über die Tat gemacht haben.

Das Gesetz verbietet die Verlesung des Protokolls des Vorverfahrens. Der von der Praxis gewählte Ausweg aber ist noch weit bedenklicher und für den Angeklagten viel gefährlicher als die Verlesung des wenigstens ein für alle mal fixierten Protokolls.

Das Gesagte dürfte zur Charakteristik unseres Strafprozesses genügen: In dem geheimen Vorverfahren ist der Angeklagte kraft Gesetzes rechtlos und jeder Möglichkeit einer wirklichen Verteidigung beraubt. Die Mündlichkeit und Unmittelbarkeit des Hauptverfahrens, welche dem Angeklagten die Stellung eines Rechts-subjekts im Prozesse wiedergeben sollten, stehen in der Praxis auf dem Papier. Während das englische Recht dem Ankläger die Vorführung nur des besten Beweismittels, welches der Fall im allgemeinen zuläßt, also in der weitaus überwiegenden Zahl der Fälle nur den unmittelbaren, direkten Beweis gestattet und lediglich im Falle der absoluten Unmöglichkeit einer solchen Beweisführung von ihr absteht, wird bei uns das ganze Beweis-material in getrüebter Gestalt dem Richter vorgeführt. Die Art, wie ein Dritter, der protokollierende Beamte des Vorverfahrens, die Aussage formuliert und niedergeschrieben hat, was er über ihr Zustandekommen, die Glaubwürdigkeit der Befundung ausagt, — das ist der Boden, von dem das Gericht, je genauer es die Akten kennt, um so weniger sich loszureißen vermag. Der Angeklagte aber muß bei dieser Prozedur wehrlos und mit verwehrten Armen dabeistehen. Das, was der Zeuge im Hauptverfahren ihm Auge im Auge sagt, kann er berichtigen und widerlegen. Rechtlos aber ist er, wenn die Schatten des Vorverfahrens gegen ihn herausbeschworen werden. Könnte der Angeklagte nachweisen, wie der Zeuge zunächst ausgesagt, wie er geschwankt hat, wie sodann vielleicht ganz ungewollte suggestive Vorkhaltungen des Polizeibeamten auf den Zeugen eingewirkt haben und schließlich die Befundung des unbeholfenen Mannes durch den Beamten ihre feste, scheinbar jeden Zweifel ausschließendes Gepräge bekommen hat, so bekäme oft der ganze Prozess ein anderes Gesicht. Diesen Nachweis aber kann der Angeklagte nicht erbringen, da das Gesetz seine Anwesenheit im Vorverfahren verbietet und die toten Akten über die Entstehung ihres Inhalts uns nichts sagen können.

Holtenhoff beklagt sich einmal bitter über die Geduld, mit der das Volk Mißstände der Justiz erträgt. Die gesetzliche Regelung unseres Vorverfahrens hat es bewirkt, daß diese Geduld gerissen ist. Da wo es einmal gelungen ist, in das Dunkel des Inquisitionsverfahrens hineinzuweichen, erkannte auch die bürgerliche Presse, welche sich zuerst um unsere, nur den „Nob“ angehende Strafjustiz nicht viel kümmert, erschreckt die Rechtsunsicherheit und den mangelnden Rechtsschutz des Einzelnen. Die Geschworenen gaben durch eklatante Freisprechungen in einigen berühmten gewordenen Prozessen zu verstehen, wie sie über die Ermittlungen des Vorverfahrens dachten, dessen Gang und Wert durch glückliche Zufälle ihnen vorgeführt werden konnten. In frischer Erinnerung dürfte noch der Pommeruban-Prozess sein, in dessen Verlauf das Gericht der Hauptverhandlung anerkannte, daß die Ermittlungen, nachdem die Angeklagten jahrelang in Untersuchungshaft gefesselt hatten, eigentlich erst zu beginnen hätten.

Alles dies aber verschwindet gegenüber den Erfahrungen aus dem Königsberger Hochverratsprozess. Wir werden im Verlaufe unserer Erörterungen noch wiederholt auf diesen Prozess und die seine Mängel auch vom juristischen Standpunkte mit eindringender Schärfe behandelnde, im Vorwärtsverlag erschienene Schrift zurückkommen müssen. Hier kann man nachlesen, wie eine lange Voruntersuchung gegen eine Anzahl deutscher Staatsbürger geführt wurde, ohne daß diese die ihnen zur Last gelegten Straftaten kannten, ohne daß man ihnen die inkriminierten Schriften vorlegte oder auch nur deren Titel mitteilte. Hier ist für alle Zeit festgelegt, daß eine Monate dauernde Voruntersuchung geführt, eine Monate dauernde Freiheitsentziehung ausgeprochen ist ohne Prüfung, ob der Prozess überhaupt ein rechtliches Fundament hat. Wer nachden in der Publikation mit großer Vollständigkeit mitgeteilten Ergebnissen des Königsberger Prozesses die geheime inquisitorische Voruntersuchung weiterhin noch für erträglich hält, der will nicht sehen. Wir werden im nächsten Artikel prüfen, ob die Strafprozesskommission zu diesen die Augen Schließenden gehört.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. August.

Deutsche Ministermoral.

Die „Times“ haben dieser Tage unter den Gründen des sinkenden weltpolitischen Credits Deutschlands auch den außerordentlichen Mangel an Fähigkeit angeführt, die unsere heutigen deutschen leitenden „Staatsmänner“ fortgesetzt betätigen. Das ist eine unbestreitbare Tatsache. Die Leute, die der Zufall auf den Ministerstempel bei uns beruft, genügen auch den bescheidensten Ansprüchen an Begabung nicht. Aber diese Erscheinung erklärt sich aus dem Wesen unserer heutigen Staatsform vollkommen, und es ist in absehbarer Zeit ausgeschlossen, daß in dieser Hinsicht ein Wandel eintreten könne. Wenn aber schon talentlos, so sollte man doch wenigstens die Verwalter des germanischen Geistes im Vollbesitze jener Wiederkeit und Ehrlichkeit vermuten, die wir so schmerzlich — das lernt jeder Volksschüler — in dem Charakter der „Welschen“ vermiffen. Leider aber gefeßt sich im gleichen Maßstabe zur Unfähigkeit auch die Unethik. Es ist noch besonders empörend, daß gewisse Minister nicht nur durch das zu jeder gewünschten Lage bereite offiziöse Gesinde eine Unwahrheit nach der anderen in die Welt setzen lassen, sondern daß sie sich auch erdreisten, dem

*) Vergl. Nr. 179, 185 des „Vorw.“

Parlament und den Volksvertretern, denen sie Rechenschaft schuldig sind, Auge in Auge Dinge zu verschweigen, die auszupfechen der primitivste Anstand erfordert, und Behauptungen oder Auffassungen in Abrede zu stellen, von deren Richtigkeit sie selbst überzeugt sind. Ein neues krasses Beispiel solcher dem Parlament gegenüber getragenen Unwahrhaftigkeiten läßt sich jetzt oft genug machen.

Wladimir Georgewitsch, der frühere serbische Ministerpräsident, hat vor einiger Zeit ein umfangreiches, auf Dokumenten beruhendes Werk über das Ende der Obrenowitsch veröffentlicht (Leipzig, Verlag Herbig). Aus den unzulässigen Mitteilungen des serbischen Staatsmannes geht hervor, daß ein ziemlich reger Gedankenaustausch zwischen dem Berliner und dem Belgrader Hof bestanden hat. Interessierte sich doch sogar der deutsche Kaiser für die Heiratsbemühungen des jungen Königs Alexander!

Aus dem Werk erfährt man nun auch wesentliche Einzelheiten über die Gemeingefährlichkeit der russischen Agenten. Und nun erinnere man sich: Von den Sozialdemokraten zur Rede gestellt, gab der Staatssekretär des Auswärtigen, Herr v. Richthofen, im deutschen Reichstag am 19. März 1903 feierlich zu, daß in der Tat die deutsche Regierung den Aufenthalt russischer Agenten in Deutschland gestattet — zur Überwachung des sogenannten „Anarchismus“. Am 16. Januar 1904, als inzwischen von sozialdemokratischer Seite einige russische Spitzelagenten festgestellt waren, antwortete der Staatssekretär Herr v. Richthofen auf die bekannte sozialdemokratische Interpellation: „Dem Reichskanzler ist bekannt, daß ein zur hiesigen russischen Volkspartei gehöriger russischer Beamter von seiner Regierung damit betraut ist, das Tun und Treiben russischer Anarchisten, die sich in Deutschland aufhalten, zu beobachten und die russische Regierung darüber fortlaufend zu unterrichten. Dem Reichskanzler ist dagegen nichts bekannt geworden, woraus hervorgeht, daß der russische Beamte seine Tätigkeit auch auf Reichsangehörige erstreckt. Dem Reichskanzler ist nicht bekannt, daß dieser Beamte oder von ihm zur Hälfte herangezogene Personen in Deutschland Verbrechen verübt oder versucht hätten, andere Personen zur Begehung von Verbrechen zu veranlassen.“ Herr v. Richthofen fügte dann noch hinzu, daß dem Reichskanzler eine Befreiung des bestehenden Zustandes „nicht angezeigt“ erscheine.

Gelegentlich der Russendebatten vom 27. und 29. Februar 1904 fand es dann der Reichskanzler Bülow, damals noch Graf, geboten, selber zu erscheinen und die gewaltig wirkende Anklage der Verbrechen in Grund und Boden zu schwächen. Es war die berühmte Rede des „Schwarzen“ und „Schwarzen“ Bülow. Damals spottete der Reichskanzler insbesondere auch über die Meinung, als könnten russische Spitzelagenten und Verbrechen begehen. Das schien ihm „an Ähnlichkeit der Erfindung fast heranzureichen an das berühmte Märchen, an den großartigen Schwindel von dem Kaiserhof auf Pischelwerder“. Aus dieser Wendung war zunächst nur zu schließen, daß, da derlei Unternehmungen der russischen Spitzelagenten nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern vor sich finden, daß zu der phantastischen Dörrergerde auch ein Heerstrahenschloß gehört. Aber immerhin dürfte man den Reichskanzler Bülow damals noch für so naiv unwissend und russengläubig halten, daß ihm persönlich nicht bekannt war, was für eine verbrecherische Tätigkeit die russischen Agenten gewerbmäßig im Auslande ausüben. Solche Ratbetät hätte zwar genügen sollen, um einen solchen Menschen selbst zur Bekleidung eines Schutzmantels für ungenügend vorbereitet zu halten, aber wenigstens schien er in diesem Falle über den Verdacht erhoben, daß er im Bewußtsein des schändlichen Gewerbes der russischen Spitzelagenten dennoch ihr Treiben in Deutschland duldet und ihre Hilfe sogar benutzt, um nicht nur Russen, sondern auch deutsche Staatsbürger zu drangsalieren. Dieser Glaube an die märchenhafte Ratbetät des Reichskanzlers Bülow in diesem Falle, an den großartigen Schwindel von der Darnlosigkeit russischer Agenten ist nach den Veröffentlichungen des serbischen Ministerpräsidenten nicht mehr aufrecht zu erhalten.

Am 20. Januar 1898 berichtete der damalige serbische Spezialdelegierte Wulafschin Petrovitch aus Berlin an seine Regierung u. a. das Folgende:

„Das merkwürdigste ist, was man dem Baron (Baron Waacker-Gottter) im Auswärtigen Amt bekanntgegeben hat, nämlich: der König Alexander und König Wilau mißtrauten sich vor Attentaten in acht nehmen. Nach der Meinung der Herren von hiesigen Auswärtigen Ämte möchte man die allergrößte Aufmerksamkeit den russischen Agenten zuwenden.“

Georgewitsch fügt dieser wörtlich angeführten Briefstelle des serbischen Spezialdelegierten ausdrücklich hinzu: „Das waren also nicht Rapporte irgend eines Individuums in Sofia an unseren diplomatischen Agenten — aus dem kaiserlich deutschen Auswärtigen Amt erhielten wir diesmal den Wink, nicht bloß den König Wilau, sondern auch den König Alexander vor den Attentaten russischer Agenten zu schützen.“

Ein paar Jahre später aber erklärten die Herren vom Auswärtigen Amt und der Reichskanzler es für das gute Recht Russlands, ihre geheimen Agenten in Deutschland ihr Wesen treiben zu lassen und sie leugneten mit aller Entschiedenheit, daß russische Agenten sich auch nur des Vergehens einer Verletzung des Briefgeheimnisses schuldig machen könnten. — Dieselben russischen Agenten, die man im Jahre 1898 für fähig und für dringend verdächtig gehalten hat, daß sie sogar Königsmorde inszenieren könnten! Dieselbe Regierung, die berartige Verbrechen den Agenten Russlands im Auslande zutraute und vor ihnen befreundete Mächte warnte, haben alles, was von sozialdemokratischer Seite in dieser Hinsicht behauptet wurde, für Schwindel erklärt, und dieselbe Regierung, die von dem anarchistischen Verbrechertum der russischen Regierung und ihrer Agenten so tief überzeugt war, verfolgte deutsche Staatsbürger, weil sie dem russischen „Anarchismus“ angeblich Beihilfe geleistet hätten! Ein größeres Maß von politischer Vernachlässigung ist schließlich nicht mehr denkbar. Die Königsberger Schande erreicht mit dieser Enttarnung ihren Gipfel. Jetzt wissen wir, daß es nicht untergeordnete Beamte gewesen sind, nicht der russische Generalkonsul, sondern die Regierung selbst, die diese Aktion aus Liebedienerei gegen Russland einleitete, obwohl sie innerlich überzeugt war und die Beweise dafür in der Hand hatte, daß alles, was auch die radikalsten Terroristen etwa gegen die Verbrecher der russischen Staatsgewalt tun könnten, gerade aus dem Standpunkt der Ordnungshüter weit zurückbleibt hinter diesem ruflosen Anarchismus der Agenten des Zarismus selbst.

Indeß vielleicht (so könnte man als milderen Umstand annehmen) haben die regierenden Herren von 1903 und 1904 bei dem raschen Personalwechsel nicht mehr gewußt, was 1898 befreundeten Staaten mitgeteilt worden ist. Auch auf solche Ignoranz kann man sich nicht mehr herausreden. Der Chef des Auswärtigen Amtes, im Januar 1898 war kein anderer als Herr v. Bülow der spätere Reichskanzler, der Verantwortliche des Königsberger Prozesses, der Verleumder der Schnorren und Verschörrer, der nach allen diesen Taten fürchtete.

1898 also warnt das Auswärtige Amt, dessen Chef Herr v. Bülow ist, die serbische Regierung vor den russischen Agenten, weil sie Königsmorde planen, ein paar Jahre später spielt derselbe Herr v. Bülow öffentlich vor dem Reichstag die Komödie, als ob er den russischen Agenten nicht zutraue, daß sie auch nur ein Wasserchen trüben könnten, mimi-

er die Überzeugung, daß alles, was man über russische Spitzelverbrechen behauptet, Schwindel sei. Und während er das den Abgeordneten ins Gesicht zu sagen wagte, war er sich klar darüber, daß die von ihm gebildeten und verteidigten russischen Agenten jeder Schandtat fähig seien.

Oder hat etwa der serbische Spezialdelegierte damals im Januar 1898 gelogen? Wir wüßten nicht, aus welchem Grunde. Oder hat der serbische Ministerpräsident in seinem Buche diese Briefstellen gefälscht? Es ist nicht ersichtlich, warum er das hätte tun sollen; denn jene Warnung an die serbische Regierung ist doch nur ehrenvoll für die deutsche Regierung des Jahres 1898!

So treibt man Politik, so unehrlich wagt man sich vor der Volksvertretung aufzuführen, so edelredet man sich, das Gegenteil von dem zu sagen, was man innerlich weiß. Und dieselben Herren beugen ihre Offiziosen auf sozialdemokratische Führer und auf die sozialdemokratische Presse, um sie der Lüge und des Schwindels zu zeihen!

Nach dieser Feststellung ist das Spiel nicht mehr möglich. Wir wissen jetzt, daß je kräftiger die heute im Amt befindlichen Rathgebenden irgend eine Behauptung für Schwindel und für Lüge erklären, um so verbürgter ist ihre Wahrheit. Man wird hinfürton von unseren Ministern im Parlament nur noch in der Form die Bestätigung von Behauptungen verlangen, daß man sie bittet, sie für Lügen zu erklären.

Die Sittlichkeit soll eben nur dem Volke erhalten bleiben, damit die Regierenden für ihre Unsitlichkeit gläubiges Vertrauen finden! Die Moral der Kaiser Depesche, roh und gewerbmäßig nachgeschliffert, ist die Religion unseres Staatsmannes-Christentums! —

Budget-Schwindel.

Endlich nimmt die offiziöse „Nordd. Allg. Ztg.“ das Wort zur Frage der Budgetverletzung durch die Truppenverstärkungen für Südwestafrika. Aber nur, um in einem zwei Spalten langen Artikel durch plumpe Schwindeleien die klare Tatsache der Budgetverletzung hinwegzutauschen zu spielen.

In dem im März dem Reichstage zugegangenen südwestafrikanischen Nachtragsetats für 1904 und 1905 war gefordert worden, daß während des Jahres 1905 alle zwei Monate zum Ersatz für die im Kampfe erlittenen Abgänge ein Transport von 250 Mann nach dem Kriegsschauplatz abgehen solle. Der Reichstag hat demgemäß auch beschlossen. Nach dieser Bewilligung hätten also bis jetzt für acht Monate 1000 Mann abgeschickt werden dürfen. In der Tat aber sind abgeschickt worden ca. 2200 Mann, nämlich:

im Februar	250 Mann
April	247
Mai	632
Juni	300
August	731

Die letzten 731 Mann sind zwar noch nicht abgegangen, jedoch bereits zusammengestellt und zur Abfahrt Ende August bestimmt. Es sind also bis Ende August 1200 Mann mehr nach Südwestafrika abgeschickt worden, als der Reichstag bewilligt hat!

Trotzdem behauptet die „Nordd. Allg.“ im Auftrage Bülow's, daß kein Verstoß gegen das Budgetbewilligungsrecht vorliege! Wie ist das möglich? Durch folgende Zahlen spielen wir uns:

Zunächst erklärt die „Nordd. Allg. Ztg.“, daß nicht 2200, sondern nur 1919 Mann bis Ende August abgegangen seien. Sie rechnet diese Zahl heraus, indem sie einfach den im Februar 1905 abgegangenen Transport von den Truppenverstärkungen dieses Jahres abzieht. Zweitens meint sie, die Regierung habe zwar nur sechs Nachschiffe für das Jahr bewilligt erhalten, allein niemand habe zur Bedingung gemacht, daß diese Nachschiffe sich in Zwischenräumen von je zwei Monaten auf das ganze Jahr verteilen! Der Regierung habe es beliebt, schon im August die Verstärkungen für das ganze Jahr abzusenden. Drittens: 1000 Mann seien allerdings mehr als $6 \times 250 = 1500$ Mann, aber das mache nichts, denn die Verluste seien eben größer gewesen. Die Verluste betrügen eben 1828 Mann und die müßten nun ersetzt werden. Viertens seien die Kredite von 185,9 Millionen Mark noch nicht aufgebraucht. Wenn auch noch nicht alle bereits erfolgten Ausgaben bereits gebucht seien, so seien zurzeit doch noch 48,9 Millionen Mark verfügbar und dafür dürfe die Regierung nach Bedarf neue Truppen nach Südwestafrika hinüberschicken.

Man sieht, mit wie abgeschmackten Argumenten das offiziöse Blatt die Regierung herauszuschwindeln sucht. Die ersten beiden „Gründe“ sind so unglücklich, daß eine Kritik ganz überflüssig ist. Warum hat die „Nordd. Allg.“ nicht auch gleich den April-Transport für 1904 verrechnet, sie hätte ja dann nur 1000 Mann Verstärkungen für 1905 zuzugeden brauchen! Genau so genant ist die Vorpiegelung, daß vom August bis Dezember 1905 keine Abgänge mehr in Südwestafrika zu erwarten seien, weshalb man die für diese Zeit in Betracht kommenden Nachschiffe schon im August entsenden könne. Was aber den Umstand anlangt, daß die Abgänge 1828 Mann betragen hätten, die doch nun hätten ersetzt werden müssen, so liegt hier wieder einmal eine absichtliche Täuschung des Reichstags vor. Im März d. J. bezifferte man nämlich die Abgänge auf 700 Mann, d. h., wie jetzt eingestanden wird, viel zu gering! Das geschah aber, um den Reichstag nicht topfischen zu machen und um die Nachschiffe nicht gleich um so und soviel hundert Mann höher ansetzen zu müssen. Es war dieselbe geflüsterliche arglistige Täuschung der Volksvertreter, deren sich seinerzeit bei der Flottenvorlage Herr v. Tirpitz bediente, als er die Kosten für die Indienststellungen der Schiffe verschleierte! Eine ebensolche Täuschung bestand darin, daß man den Sollbestand der Südwestafrikatruppe auf 13 500 Mann bezifferte, statt, wie jetzt, auf 14 004 Mann! Jetzt kommt mit einem Male der richtige Sollbestand und die wahre Abgangsziffer ans Tageslicht, um zu beweisen, daß zwar in acht Monaten 2200 Mann Verstärkungen gebraucht worden sind, während in zwölf Monaten nur 1500 Mann abgeschickt werden durften, daß aber trotzdem — das Budgetrecht nicht verletzt worden ist!

In Wirklichkeit sind schon jetzt 700 Mann mehr abgeschickt worden, als der Reichstag für das ganze Jahr 1905 bewilligt hat. Rechnet man für die nächsten vier Monate nur noch 500 Mann hinzu, so kommt schon die Zahl von 1200 Mann heraus!

Diese 1200 Mann werden aber bei weitem nicht die Gesamtzahl ausmachen. Denn so sehr sich auch die „Nordd. Allg.“ dagegen verweigert, daß 5000 Mann Verstärkungen nach Südwestafrika abgehen sollten, so erklärt sie doch gleichzeitig, daß man allerdings dann von den Beschlüssen des Reichstages abzuweichen werde, „wenn und soweit der Gang der Ereignisse in Südwestafrika es gebietet“ erfordert sollte“. Nun, nach den bevorstehenden Zusammenstößen mit Hendrik Witboi dürfte sich diese „gebieterische Notwendigkeit“ bald genug einstellen!

Die schwindelhafte offiziöse Verschönerung der dreisten Budgetverletzung beweist, daß Bülow an die Einkerkerung des Reichstages nicht denkt. Werden Zentrum und Freisinn auf diese neue Provokation so reagieren, daß Bülow doch zu Kreuze kriecht? —

Das Zentrum und die Fleischnenerung.

Eine recht eigenartige Stellung zu der Fleischnenerung und der Tafelrede des Landwirtschaftsministers nimmt die Zentrums-

ein. Während der Zeit, der auf die Industriearbeiter Rücksicht zu nehmen hat, wie z. B. die „Allg. Volksz.“, welche über die Verteuerung des Lebensunterhaltes der sogenannten unteren Volkskreise klagt und sich kampfhoch an Pöbdiel'sk's Prophezeiung eines baldigen Verschwindens der Viehsteuerung klammert, findet der Teil der Zentrumsblätter, der vornehmlich für ländliche Leser berechnet ist, die Viehpreise noch immer zu niedrig und höher in freier Weise über die Forderung einer Oeffnung der Grenzen für die fremde Vieheinfuhr. So schreibt z. B. die „Rheinische Volksstimme“:

„Die Fleischnot wüßte belanlich in Oberschlesien ganz entsehrlich, weil die obereschlesischen Schweinehändler ihren Verdienst noch etwas vergrößern möchten. Da sie, wie auch nichtagrarisches Blätter übereinstimmend berichten, an den aus Rußland eingeführten Schweinen 20—25 R. pro Stück verbieten (vergl. Nr. 151 der „Rhein. Volksstimme“), so ist das Gebot nach einer Erhöhung des Montions „zur Vinderung der Fleischnot“ (lies zur Fällung des Geldbeutels der Händler) sehr begründet. Wie wenig man in Schlesien von einer Fleischnot reden kann, zeigt eine Rundfrage des schlesischen Bauernvereins, in der den Mitgliedern folgende Fragen zur Verantwortung vorgelegt waren: Wieviel Stück Mastvieh stehen im dortigen Bezirk zum Verkauf? Welche Preise werden dort pro 100 Kilogramm Schlacht- bezw. Lebendgewicht von den Käufern bezw. Händlern bezahlt? Herrscht dort eine starke Nachfrage nach Schlachtvieh oder überwiegt das Angebot? Welche Erscheinungen machen sich sonst noch bemerkbar? Aus 50 Ortsgruppen des Vereins sind Antworten eingegangen. Bei den Mitgliedern dieser Ortsgruppen standen bezw. stehen zum Verkauf 3072 Stück Mastvieh und zwar 820 Stück Großvieh, 802 Kälber und 1450 Schweine. Mit Rücksicht darauf, daß der Verein 500 Ortsgruppen umfaßt und nach Prüfung aller Verhältnisse muß man annehmen, daß heute bei den Mitgliedern des schlesischen Bauernvereins circa 8000 Stück gemästetes Großvieh, circa 8000 Stück Mastkälber und circa 14 000 Mastschweine zum Verkaufe stehen.“

Das Preisverzeichnis, welches das fromme Blatt für ultramontane Bestrebungen und Viehwucher seinen Ausführungen hinzufügt, ist gänzlich wertlos, denn es fehlen darin jegliche Angaben über die Art und Qualität des Viehes, weshalb denn auch die Preisangaben für die einzelnen schlesischen Ortschaften ganz beträchtlich differieren; so wird beispielsweise für Sagan ein Großviehpreis von 24—31 R., für Militsch von 45 R. pro Zentner Lebendgewicht genannt. Aber selbst, wenn man die Preise so nimmt, wie sie, tendenziös zurechtgestutzt, die Zusammenstellung des Bauernvereins bietet, ergeben sich ganz ansehnliche Durchschnittspreise. Der Preis für Großvieh stellt sich z. B. nach der Tabelle an den meisten schlesischen Orten auf 30—36 R. pro Zentner Lebendgewicht, also pro Zentner Schlachtgewicht auf 50—60 R. Das ist für Nähe und minderwertige Färsen, um die es sich zweifellos in den meisten Fällen handelt, ein recht hoher Preis. Und noch höher stehen die Schweinepreise, für die ein Preis von 50—55 R. pro Zentner Lebendgewicht ohne Tara-Abzug genannt wird. Die „Rhein. Volksstimme“ findet allerdings diese Preise noch immer mäßig; ihr wäre der doppelte Preis natürlich lieber.

Trotz der enormen Höhe, welche die Schweinepreise erreicht haben, steigen sie an verschiedenen Märkten doch immer. In Berlin haben sie seit Mittwoch voriger Woche, als Herr v. Pöbdiel'sk seine schöne Rede hielt, wiederum um 1 R. pro Zentner angezogen und stellen sich jetzt für erste Qualität auf 60 R., für zweite auf 67 R., bis 68 R., und für minderwertige Sauen auf 64 R. pro Zentner Lebendgewicht mit 20 Proz. Tara.

Deutsches Reich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ hat ihren frechen und plumphen Schwindel bisher nicht eingestanden. Im Interesse der öffentlichen Sittlichkeit haben wir die nötigen Schritte unternommen, um das ehrenwerte Organ der ehrenwerten Regierung zur Innehaltung wenigstens der elementarsten Anstandspflichten zu zwingen. Uebrigens ist die bürgerliche Presse, obwohl sie ganz offenbar das Dementi der „N. A. Ztg.“ nicht glaubt, dem Regierungsblatt insofern moralisch ebenbürtig, als sie durchweg die nachgewiesenen falschen Unterstellungen des Blattes schweigend hehlt, obwohl sogar die „Germania“ eingesticht:

„Allerdings kann er (der „Vorwärts“) sich mit Recht darauf berufen, daß er nur gesagt hat, was andere Blätter zuvor gesagt oder angedeutet hatten. In der Tat ist zum Beispiel in anderen Blättern zuerst berichtet worden, daß der Abg. Dr. Baasche in einer öffentlichen Versammlung erzählt habe, wir hätten am Ende des vorigen Jahres vor einem Kriege mit England gestanden und der Befehl zur Vereinstellung der Flotte sei bereits ergangen gewesen. Auch jetzt noch gibt es nichtsozialdemokratische Blätter, die diese, von Baasche dann allerdings in Abrede gestellte Erzählung für richtig halten. Zum Beispiel bemerkt die „Allg. Westf. Ztg.“, die Sache mit der Vereinstellung der Flotte habe viele Mitwisser, und deshalb sollte man nicht versuchen, diesen Schritt, den Vorfürge und Ehebruchsteuere in jener kriegsschwangeren Zeit zur Pflicht machte, zu verheimlichen oder gar zu leugnen.“

In dem unheilvollen Treiben der internationalen Völkerverheerung spielt die deutsche bürgerliche Presse die allgeringfügigste Rolle, nicht weil sie besonders lärm, sondern weil sie auf Befehl schweigt und auf Befehl lügt, so daß in entscheidenden Augenblicken, wenn die ganze Meute losgelassen wird, aus Millionen Zeitungsblättern als selbständige öffentliche Meinung derselbe Geyrschwindel verbreitet wird, der an der Zentrale der Fieberviehverwertung zubereitet worden ist. —

Borussische Kasernenspäße. Der Eisenbahnminister Budde ist trotz des Spremberger Unglücks in bester Laune; wie unrecht ihm ihm die Leute, die ihn für fähig halten, wegen solcher Kaspallien seinen Dienst zu quittieren. Im Gegenteil, die Kaserne seines Geistes ist durchaus aufgeräumt und aus ihr marschieren die sorgfältigen Späße heraus. Und ist er nicht selber der Vater des Wises, so alimentiert er ihn doch wenigstens.

Das Spremberger-Altenbesener Ministerium versendet nämlich die folgende Volkszählung:

„Die bevorstehende Anwesenheit der englischen Heimaflotte an unserer Ostseeküste hat im deutschen Publikum vielfach den Wunsch erweckt, dieses interessante Schauspiel durch eigenen Augenschein zu beschärfen.“

Wie wir hören, beabsichtigt der Herr Minister der öffentlichen Arbeiten, die Ausführung solcher Wünsche durch Einlegung von Sonderzügen zu ermäßigten Preisen zu erleichtern.“

Dieser Schmiereneinsatz, der sich auf das besondere Verlangen des Publikums beruft, soll einmal Propaganda für die Flottenslieferanten machen, dann aber soll er England zeigen, daß wir uns gar nichts daraus machen, wenn sie die englische Seemacht in der Ostsee demonstrieren.

Katzenisch ist der keine Spaz durchaus geeignet, in England gewaltig zu imponieren und die Achtung vor den deutschen Rathgebenden zu erhöhen.

Herr Budde aber hat nunmehr den Pöbdiel'sk'schen Fasel-schweinen den Rang abgelassen! —

Bülow offeriert sein Fleisch! Die „Allgemeine Fleischzeitung“ berichtet, ihr Chefredakteur habe in Nordamerika eine Audienz beim Reichskanzler Bülow wegen Wüßheit der hohen Vieh- und Fleischpreise nachgesucht, hat aber nicht empfangen werden können, da er „heute seinen Bade-Aufenthalt unterbricht, um nach Berlin zu reisen.“

So apert sich der Fürst im Dienst des Vaterlandes auf! Aber warum mag er nach Berlin kommen? Die Überwachung der Wü-

Todung des Wassers für die Posener Reife ist doch nicht mehr vonnöten? Andere wichtige Dinge liegen nicht vor. Das hiesigen Südwestafrika, die internationale Spannung, die furchtbare Fleischnot — das sind unweibliche Dinge, die doch die Unterbrechung der Ferienruhe nicht verdienen.

Aber vielleicht will er die „ausgetauschten“ amerikanischen Professoren empfangen, die kürzlich in Deutschland eingetroffen sind! —

Vor das Kriegsgericht mit Trotha!

Wir haben gestern und vorgestern die beiden Trotha-Erlasse vom Standpunkt des Völkerrechts, der Kultur und Humanität aus betrachtet. Aber Trotha ist Kommandeur einer im Kriege befindlichen Truppe, er untersteht auch den Kriegsartikeln, die durch Armeeverordnung vom 17. Oktober 1902 auch für die Schutztruppen Geltung erlangt haben, also von Trotha unbedingt respektiert werden mußten. Der Artikel 17 aber lautet:

„Im Felde darf der Soldat nie vergessen, daß der Krieg nur mit der bewaffneten Macht des Feindes geführt wird. Hab und Gut der Bewohner des feindlichen Landes, der Verwundeten, Kranken und Kriegsgefangenen stehen unter dem besonderen Schutz des Befehls.“

Ferner heißt es im Artikel 18:

„Der Soldat darf seine Waffen nur in Erfüllung seines Berufes oder in rechtmäßiger Selbstverteidigung gebrauchen. Rechtswidriger Waffengebrauch wird streng bestraft.“

Generalleutnant v. Trotha — das Heroldsamt hat bisher dem General nicht, wie im Falle Buse, das Adelsprädikat bestritten — hat in der denkbar größtmöglichen Weise gegen diese Kriegsartikel verstoßen, indem er seinen Mannschaften befahl, keine Gefangenen anzuschmen, sondern auch alle nichtbewaffneten Männer niederzuschießen. Man komme nicht mit der faulen Ausrede, die Hereros seien ja keine kriegsführende Partei, sondern „Rebellen“. Dadurch, daß die Kriegsartikel seit 1902 auch für die Schutztruppe eingeführt wurden, wurde eben gerade festgestellt, daß ihre Bestimmungen auch für die koloniale Kriegsführung Geltung besitzen sollten. Bei kolonialen Kriegen handelt es sich eben immer um „Rebellen“.

Wenn also die Kriegsartikel nicht als unverbindliche heuchlerische Dekorationen gelten sollen, ist Trotha unter allen Umständen vor das Kriegsgericht zu stellen!

Die Haltung der bürgerlichen Presse zum Fall Trotha spottet auch heute aller Kritik.

Die beiden ultramontanen Blätter Berlins, die „Germania“ und die „Märk. Volksztg.“, schwingen sich dazu auf, das Schießen auf Wehrlose „nicht gerade human“ zu finden. Die ebenso frumme Presse protestantischer Couleur wettersert an christlicher Empfindung mit den katholischen Blättern. „Reichsbote“ sowohl wie „Reich“, die sonst von widerlichem Wortschatz trüben und gegenüber der Partei des praktischen Christentums, der Sozialdemokratie, stets grimmig schmetternde Kampfeslöhne finden, schweigen sich noch immer aus! Sie lassen sich beschämen durch ein Blatt wie die „Berl. Neuzeit Nachrichten“, die den „Trothaschen Ausrottungs-Erlaß“ ein Aktenstück nennen, „von dem man in der Tat nicht begreift, wie es ein gebildeter Deutscher niederschreiben konnte“.

Uebrigens will es scheinen, als ob man tatsächlich Trotha fallen lassen möchte. Daraus deutet wenigstens folgende Auslassung der „Kreuz-Ztg.“ hin:

Wir haben keinerlei Beziehungen zu Herrn v. Trotha und ahnen nicht, wie er sich entschließen wird. Doch wissen wir, daß seine Gattin in einem hiesigen Krankenhause totkrank daniederliegt, und es will uns nicht ausgeglichen erscheinen, daß er selbst deshalb bald nach Berlin kommt. An und für sich brauchte eine solche Reise noch nicht als Verzicht auf seine jetzige Stellung angesehen zu werden. Ihn abzugeben, dafür dürfte jetzt, militärisch betrachtet, der ungeeignete Zeitpunkt sein.

Wenn man sich einbilden sollte, die Trotha-Schmach durch eine mehr oder minder freiwillige Rückkehr des Mannes aus der Welt schaffen zu können, so täuscht man sich sehr. Trotha gehört vor das Kriegsgericht! Aber selbst eine Aburteilung Trothas würde die deutsche Regierung, würde Herr Bälou nicht von der Mitverantwortlichkeit für Trothas Handlungen entlasten!

Deutschtum ist Freiheit! Eine Majestätsbeleidigung durch Wehrpflichtige bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der 2. Ferienstrassammer Berlin. Wegen Majestätsbeleidigung war der 19-jährige Maurer Wilh. Markus angeklagt. Am März d. J. fand in Mariendorf die Aushebung der Wehrpflichtigen statt. Da bei dieser Gelegenheit nach der Ausmusterung, insbesondere von den „Frei-gekommenen“, ein großes Festgelage stattfand, bestand sich bald die ganze Gesellschaft in sehr animierter Stimmung. Der Angeklagte beteiligte sich ebenfalls an einer von mehreren für untauglich erklärten Wehrpflichtigen veranstalteten Anekdote, bei welcher gehörige Mengen Bier und Schnaps verteilt wurden. Mehrere der jungen Leute waren mit Nadeln, die das Kaiserbildnis zeigten, und farbigen Rosetten geschmückt, wie sie von Händlern vor dem Musterungstisch angeboten werden. In erheblich angeheiteter Stimmung entriß der Angeklagte einem Wehrpflichtigen eine Nadel mit dem Kaiserbildnis und machte hierbei eine Bemerkung, die ihm die vorliegende Anklage wegen Majestätsbeleidigung eintrug.

Ein in der Nähe stehender Gendarm hörte zufällig jene Äußerung. Er nahm den Angeklagten fest und erstattete Anzeige.

Der Staatsanwalt berücksichtigte die Jugendlichkeit und den angegriffenen Zustand des Angeklagten, als er die inkriminierte Bemerkung fallen ließ und beantragte drei Monate Gefängnis. Der Gerichtshof erkannte auf zwei Monate Gefängnis.

Neue Verurteilung.

Ein Telegramm aus Windhof meldet: Unteroffizier Karl A. Hler, geboren am 27. 12. 79 zu Hannover, am 12. August in der Krankenanstalt Davigneb an Typhus gestorben. Reiter Georg Leiser, geboren am 26. 2. 83 zu Schmalkalden, hat sich am 11. August durch eigene Unvorsichtigkeit eine Schußverletzung der linken Hand zugezogen.

Husland.

Auch ein Sieg der Sozialdemokratie Norwegens.

Kristiania, den 14. August.

Die Volksabstimmung hat die höchsten Erwartungen übertraffen. Noch in den letzten Tagen glaubten Leute, die die Volksmeinung zu beurteilen wissen, daß man mit einigen 10 000 Reststimmen rechnen müsse. Und nun zeigt es sich, soweit die Nachrichten bis jetzt eingetroffen sind, nur circa 190 Rest abzugeben worden sind, denen 300 000 Ja gegenüberstehen. Auch die Beteiligung war überaus stark und übertrifft bei weitem die an den letzten Störchingswahlen im Jahre 1903, bei denen von den 457 545 Wahlberechtigten nur 240 501 ihre Stimmen abgaben, das sind 52,56 Proz. Die Zahl der, die sich an der gestrigen Volksabstimmung beteiligten erreichte dagegen wohl an 90 Proz. der Stimmberechtigten.

Das norwegische Volk hat sich also beinahe einstimmig von der Union losgesagt. Die alten Bande, die die beiden Völker der skandinavischen Halbinsel 90 Jahre lang aneinander knüpfen, sind nun endgültig zerrissen. Das Ereignis ist früher eingetreten, als man noch vor nicht langer Zeit erwarten konnte. Im Juli vorigen Jahres, nachdem die Union ihr 90. Lebensjahr vollendet hatte, schrieb „Sozialdemokraten“: „Vor dem 17. Mai 1914 muß Norwegen volle, unbeschränkte Selbstständigkeit innerhalb der Union erreicht sein, oder wir feiern den Tag (das Verfassungsfest) außerhalb der Union.“ — Seitdem ist kaum ein Jahr verfloßen, und plötzlich steht Norwegen frei und unabhängig da. Un erwartet schnell und überraschend war selbst für manchen Norweger der Störchingsbeschluss vom 7. Juni. Man hatte nicht geglaubt, daß das unglückselige Verhältnis in so kurzer Zeit gelöst werden würde. Daß das Volk am Sonntag in derselben Weise entscheiden würde, das war ja selbstverständlich, überraschend war hierbei aber die ungeheure Mehrheit derer, die dafür stimmten, die verschwindende Minderheit der Reinsjager.

Gewaltige Menschenmassen hatten sich gestern Abend in der Karl Johans Gade vor den Lokalen von „Morgenbladet“ und „Verdens Gang“ versammelt, wo die Resultate der Abstimmung, wie sie einliefen, sofort durch mächtige Plakate und Transparente bekannt gemacht wurden. Bis in die frühen Morgenstunden hartete man aus. Mit gewaltigem Beifall wurden besonders die Nachrichten aus den Kreisen aufgenommen, wo hunderte von Ja-Stimmen und kein oder nur ein einziges Nein abgegeben war. Einem Volksleben, einer Volksbegeisterung begegnete man hier, die nicht leicht ihresgleichen findet. Was aber dem Fremden, der von früherer Zeit die unglückliche Neigung im norwegischen Volk zum übermäßigen Genuß alkoholischer Getränke kannte, besonders auffallen mußte, war der Umstand, daß man nicht einen einzigen Weintrinken in der Menschenmenge gewahrte.

Und auch am heutigen Tage hört man überall, von Leuten aller Parteien lebhafteste Ausdrücke der Freude und innigen Befriedigung über das Abstimmungsergebnis, und nicht zum wenigsten auch von unseren Parteigenossen. War doch die Sozialdemokratie, die erste unter den norwegischen Parteien, die die Auflösung der Union verlangte, und zwar bereits vor mehr als 13 Jahren. Am 1. Juli 1892 hatten unsere Parteigenossen in Kristiania eine Volksversammlung auf dem Ankerort veranstaltet. Man sammelte sich um eine große Demonstrationsschare mit der Aufschrift:

Das Wohl der Brudervölker erfordert die Auflösung der Union.

Diese Fahne aber wurde von der Polizei konfisziert, der beabsichtigte Demonstrationszug durch die Straßen wurde vom damaligen Justizminister Quam verboten und die Garde war, ausgerüstet mit scharfen Patronen, in der Kaserne konfisziert. Für das zu demonstrieren, was heute von Regierung und Störching durchgeföhrt ist, was nun vom ganzen norwegischen Volk gutgeheißen wurde, allgemeinen Jubel hervorgerufen hat, galt zu jener Zeit als ein hochverräterisches Unterfangen, dem mit der ganzen Brutalität der Militär Gewalt entgegengetreten werden sollte. Einige Tage nach jener Versammlung auf dem Ankerort zog eine gewaltige Menge Königstreuer vor das Schloß, um dem König, der veranlaßt durch den Konsulatskonflikt und die Ministerkrise nach Kristiania gekommen war, ihre Huldigung darzubringen.

Bei dem letzten Konsulatskonflikt, der nun zum völligen Bruch der Union geführt hat, zog er dem König bekanntlich vor, bei seinem getreuen schwedischen Volk zu bleiben. Wäre er hierher gekommen, man hätte ihm gewiß keinen solchen Empfang wie 1892 bereitet. Der Gedanke, den die Sozialdemokratie damals schon und scheinbar vergeblich propagierte, er hat gefiegt und Europa bewundert die Energie, die Lähmigkeit und Weitsichtigkeit derer, die ihn jetzt durchgeföhrt haben.

Staatsminister Michelsen prangt in Bildern als der Befreier Norwegens. Das Bürgertum ist scheinbar zufrieden mit der errungenen „Freiheit“. Aber die Männer der Regierung sind bemüht, einen neuen König herbeizuschaffen, der, wenn er die Interessen seines Landes wahrnehmen will, doch danach trachten muß, der Volksfreiheit Fessel anzulegen. Die Sozialdemokratie aber agitiert für eine andere Forderung, die der Republik und steht damit scheinbar wiederum allein. Sollte es auch hier jahrzehntelanger Erfahrung bedürfen, bis das ganze Volk dem zustimmt, bis eine andere Regierung, ein anderes Störching einem neuen König wieder einmal kurz und bündig erklärt: „Das Königtum ist außer Wirksamkeit getreten“?

Das norwegische Volk hat am gestrigen Ja-Tage bewiesen, daß es einmütiger Handlung fähig ist. Mit solchem Volke in Jwiesicht zu leben, bekommt auch einem Könige schlecht.

„So lange Norwegens Fesseln stehen“, schreibt „Social-Demokraten“, „mögen kommende Geschlechter sich stärken in dem Gedanken an den Ja-Tage, der einen Beweis dafür bietet, daß ein Volk, das sich berufen fühlt, das Recht der Demokratie zu verteidigen, unüberwindlich ist. Aber ebenso gewiß ist es, daß Gefahr für Norwegens Untergang als selbständiges Volk vorhanden sein kann, wenn wir dies auch nur einen Augenblick vergessen — vergessen zu bauen auf des Volkes Recht, in allen Angelegenheiten über sein eigen Schicksal zu bestimmen. Das ist unser historischer Festsitzgrund. Der, der versuchen sollte, daran vorbeizukommen, ist ein Verräter an der Zukunft Norwegens. Hier gibt es nur einen Weg.“

Ein einziger Fehlschritt kann schicksalschwanger werden. Entweder müssen wir auf dem hohlen Grund der Könige bauen und nach den anderen Staaten hinübersehen oder wir müssen bauen auf dem Recht der Demokratie in Norwegen — so bauen, wie Norwegen selbst auf Felsen gebaut ist.

Hier ist es, wo sich die demokratische Republik als Norwegens Rettungspflanze meldet. Es ist die Sozialdemokratie, die auch hier die Forderung stellt, aber es ist keine parteipolitische Forderung. Im Gegenteil! Es ist eine Forderung, die sich mit Norwegens Bedürfnissen deckt — auch mit den Bedürfnissen des bürgerlichen Staates.

Darum: nun hat das Volk über die Unionsfrage gesprochen, das nächste Mal soll es über die Frage nach Norwegens zukünftiger Staatsform sprechen.

Je reicher können wir sein, daß sie uns auch dem vollen Selbstbestimmungsrecht in der zweiten Frage entgegenführt. Und die Abstimmung von gestern überbot die künftigen Erwartungen. Es war förmlich ein Wettstreit der einzelnen Kommunen, welche wohl die größte Stimmenzahl und die allerwenigsten Nein aufweisen werde.“

Spanien.

Blau Bohnen für die Hungernden.

Catania, 16. August. Heute morgen fand in dem Dorfe Grammichele eine Versammlung der Arbeitssammler statt. Nach dieser griffen die Versammelten, der Aufforderung eines Mannes folgend, die Vertreter der öffentlichen Macht an, schleuderten Steine und versuchten im Jbidilliu, der im Erdgeschloß des Rathhauses belegen ist, Feuer anzulegen, indem sie die Eingangsflur zum Rathause einschlugen. Nach den gesetzlich vorgeschriebenen Aufforderungen und nachdem alle Mittel verfaßt worden waren, die Ruhe wieder herzustellen (?), feuerten die Polizisten, wodurch sieben Manifestanten getötet und mehrere andere verwundet wurden. Auch die Polizei hatte mehrere Verwundete. Der Unterpräfekt eilte mit Verstärkungen herbei und stellte die Ruhe wieder her.

Sien.

Ein Attentat auf die Kaiserin von China?

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Tientsin, auf die Kaiserin von China erfolgte ein Attentat auf dem Wege zum Sommerpalast außerhalb des Nordwesttores. Der Täter war als Soldat verkleidet, er wurde von einem regulären Soldaten mit dem Bajonett erschossen. Die Kaiserin in der Sänfte blieb unversehrt.

Die russische Revolution.

Auch die russische Erde revolutioniert gegen den Zarismus. Ein Hungerjahr steht bevor. Winter ist in großem Umfange eingetreten. Und diese Epidemie des Hungers will man durch milde Gaben bekämpfen, welche schließlich in dem Nachen der Bureaucratie verschwinden. So lebt das ganze russische Reich!

Die Meutereien in Riga.

Nach bürgerlichen Telegrammen haben bei den letzten Demonstrationen in Riga die Soldaten 52 Arbeiter getötet und 117 verwundet. Die Blutschuld des Zarismus wächst in furchtbarer Schnelligkeit gen Himmel.

Bialystok, 14. August. (Sig. Ber.) Seit zwei Tagen wollte ich Ihnen genaueres über das bei uns verübte Blutbad berichten, tat es aber nicht bis heute, weil die meisten Briefe bei uns gegenwärtig auf der Post verbleiben. Heute erst habe ich die Gelegenheit, Ihnen zu schreiben.

Für den 12. d. M. erwarteten wir die langerhoffte Verkündigung eines Manifestes der Konstitution. Wir wissen noch nicht, was vorgesehrt im Petersburger vorgesehrt ist, hier in Bialystok hat die Polizei im Bund mit der Soldateska und ein Blutbad angerichtet. Ich will Ihnen keine Details, sondern ganz nackte Tatsachen wiedergeben. Für vorgestern, den 12., wurde vom Bialystoker Komitee des „Bundes“ ein Meeting angefragt. Die Versammlung sollte um 3 Uhr auf der Arbeiterböse (Szarasterstraße) stattfinden. Die Versammelten waren alle friedlich gekleidet, sie waren nicht einmal bewaffnet. Gegen 3 Uhr schloß ein auf Posten stehender Soldat von der Patrouille (ohne daß die Stadt in Belagerungszustand erklärt wurde, durchziehen fortwährend Patrouillen die Straßen) einen Arbeiter ohne weiteres nieder. Das war eine Provokation, die von der Polizei ausging. Die Versammelten gingen bald auseinander, es wurde in der ganzen Stadt eine Panik hervorgerufen. Gegen 3 1/2 Uhr, also eine halbe Stunde später, wurde von unbekannter Hand eine Bombe in eine Patrouille geschleudert. Das schienen die Soldaten nur erwartet zu haben. Im Augenblick begann das Blutbad. Die Soldaten und die Schutzleute schossen wild drauf los, ohne zu achten auf wen. Sie schossen auf unschuldige Passanten, sie schossen in die von Juden bewohnten Häuser, sie schossen und säbelten Alt und Jung nieder, wer nur zufällig auf den Straßen war. — aber das waren nur und ausschließlich Juden. Es gab 58 Tote und gegen 200 schwer und leicht Verwundete. Zumeist sind es Greise, Frauen und Kinder. Unter den Toten befindet sich ein Offizier, der aus Versehen durch einen Fehlschuß seitens der Soldaten fiel.

Ein wild gewordener Soldat wütete ganz tierisch. Er schloß sieben Menschen nieder; seine Augen waren voll Blut und geblendet, so daß er auch einen vorbeiziehenden Soldaten niederschloß. Nachwärtig ist es, daß einige Tage vorher ein Offizier des Uglitsch-Regiments dieses Blutbad gerade zum 12. angeordnet hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Blutbad von der Polizei organisiert und vorbereitet wurde. Sie wollen und wollten durchaus eine Judenbegehe hervorruhen, doch da die hiesigen christlichen Arbeiter sich zu solchen schändlichen Mafakern nicht hergeben wollten, so veranstaltete die Polizei mit dem Garnisonsbefehlshaber an der Spitze ein Judenmafakel auf ihre Art. Sie stellten sich den Zweck — wie in allen anderen Städten des jüdischen Anjebelungsroyans —, die Organisation des „Bundes“ auszuuroten, in Blut zu ertränken, aber daß ihr das nicht gelingen wird, daran zweifelt schon längst niemand bei uns.

Die Erfolge der Trepow, Raschidze, der Schtomizer, Usalner, Lodger, Nishan-Novgoroder Röder lassen unsere Behörden nicht ruhen. Und so leisten sie sich auch eine Judenmorderei. Der Divisionsgeneral Baluzet hat unserem Stadthauptmann ausdrücklich gesagt, daß, falls noch ein einziger Soldat von der Hand der Revolutionäre fallen wird, er die ganze jüdische Bevölkerung der Bialystok Garnison ausliefern wird.

Der Krieg in Ostasien.

Vom mandchurischen Kriegsschauplatz.

Petersburg, 16. August. General Linwitsch telegraphiert unter dem 14. August: Am 13. August besaßen japanische Torpedoboote Lazarewo. Ihre Versuche, Truppen zu landen, sind zurückgewiesen worden. Nach Verichten aus Korea ging am 6. August eine japanische Abteilung von Kopyunglan aus gegen eine bei Tschaleri stehende russische Abteilung vor, wurde aber durch Gewehrfeuer zurückgeworfen. Die Offensibe des Feindes wurde am 6. und 7. August erneuert, jedoch zurückgewiesen, gleichzeitig gingen die Japaner gegen eine andere russische Abteilung vor, wurden aber auch dort zurückgeworfen. Die Japaner flohen und ließen eine Anzahl Tote sowie weggeworfene Munition zurück.

Am 10. August fand ein Kampf bei Dngchi statt; die russische Abteilung ging zum Angriff über, trieb die Japaner in südlicher Richtung zurück und erbeutete Waffen und Munition. In einem zweiten Telegramm meldet Linwitsch: Nach Verichten aus Korea haben die Russen nach Kampf das Dorf Kopyunglan besetzt. Das Gewehrfeuer bei Lazarewo hörte am Morgen des 13. August auf. Die japanischen Torpedoboote haben sich entfernt.

Die Besetzung Kamtschatkas.

London, 16. August. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio unter dem 15. August: Die Besetzung von Kamtschatka wird bald verklärt werden. Seine Garnison bestand nur aus einem Bataillon und war ohne Verbindung mit anderen russischen Streitkräften.

Aus der Partei.

Zur Tagesordnung des Parteitages beschloß die Kreiskonferenz für Wittenberg-Schweinig, den Parteivorstand um Ansetzung des Punktes „Wandlungen in der Weltpolitik“ zu ersuchen.

Die Reichstagskandidatur für Hagen-Schwelm hat zu Differenzen in der Organisation des Kreises geführt. Von einer dazu gewählten Kommission wird Genosse Robert Michels als Kandidat in Vorschlag gebracht. Der Beschluß steht der Kreiskonferenz zu. In einer Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins in Hagen, die zur Kreiskonferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen hatte, wurde am Sonntag eine Protestresolution gegen die Kandidatur Michels beschloßen und die Delegierten beauftragt, gegen Michels zu stimmen.

Von der schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Der Bericht der Parteileitung über das Jahr 1904 bot zwar dem Parteitage in Laufmanne keine Veranlassung zur Diskussion, aber er enthält doch manche bemerkenswerte Partien, die in der in- und ausländischen Parteipresse Erwähnung verdienen. Das gilt namentlich von den eingehenden Betrachtungen über das Verhältnis der Partei zur Gewerkschaftsbewegung. Es wird da zunächst an den Beschluß des Parteitages von 1903 erinnert, nach dem die Parteiorganisationen und Organe mit allen Kräften für die Ausbreitung der Gewerkschaftsorganisationen wirken sollen, besonders an Orten und in Bezirken, wo die Gewerkschaftsorganisationen bisher aus eigener Kraft nicht Fuß fassen konnten. Die Partei wurde verpflichtet, für den Schutz des Vereinsrechtes einzutreten. Die Parteileitung und das Bundeskomitee des Gewerkschaftsbundes haben gemeinsam einen Aufruf an die Parteigenossen, betreffend den Anschluß an die Gewerkschaften, erlassen: „Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter hat sich auch politisch zu organisieren, und jeder Berufsarbeiter, der Mitglied einer politischen Organisation ist, hat auch seiner Gewerkschaft anzugehören. Das ist der Grundfah, dem wir nachleben müssen, wenn wir unseren Gegnern die Spitze bieten wollen. Dieser Grundfah hat letztes Jahr Fortschritte gemacht; auch eine schöne Zahl von

Gründereinen hat diese Parole befolgt und Gewerkschaften gründen und fördern helfen. Es wird dann der erfreuliche Ausschuss der Schweizerischen Gewerkschaftsbewegung konstituiert und die große Summe von gewerkschaftlichen Erfolgen im Kampfe mit dem Unternehmertum dargestellt, die der Arbeiterchaft viele und schätzbare Verbesserungen und Erleichterungen brachte.

Bezüglich der Kaiserfeier wird mitgeteilt, daß sie an 77 Orten von der organisierten Arbeiterchaft begangen wurde. Angeregt wird die Vereinigung kleinerer Orte und ganzer Bezirke zu einer gemeinsamen und eindrucksvollen Kaiserfeier.

Aus Industrie und Handel.

Der Kampf unter den Interessenten des Stettiner „Vulkan“. Die Interessentengruppe des „Vulkan“, die mit der geplanten Stilllegung bei Hamburg nicht einverstanden ist, antwortet in der „Hanseztg.“ auf den Aufruf der „Vulkan“-Verwaltung an die Aktionäre mit einer Darlegung ihrer Gegengründe. Sie meint:

„Die Dredowitzer Werft bedarf einer Ausdehnung nach der Landseite. Bestehen der in Frage kommenden Gebiete ist die Stadt Stettin; sie ist bereit, den Bedürfnissen des „Vulkan“ in der künftigen Weise entgegenzukommen. Abhilfe ist also mit dem Aufwande verhältnismäßig sehr geringer Mittel zu schaffen. Weiter ist die Abbaufläche vor der Werft ungenügend für die großen Schiffe, deren Bau für den „Vulkan“ in Frage kommt. Auch hier ist die Abhilfe leicht zu ermöglichen. Der „Vulkan“ braucht nur einen Biesenkomplex am gegenüberliegenden rechten Uferufer anzulassen und die erforderliche Fläche auszubaggern. Bleibt noch das Dock, betreffs dessen wir nach wie vor behaupten, daß die bisher auf dem Vulkan abgelassenen Schiffe nach Breite und Abbaugewicht dort auch ins Dock genommen werden könnten. Jedenfalls beweisen auch die Ausführungen der Herren Direktoren nicht, daß der „Vulkan“ hier vor unüberwindlichen Schwierigkeiten steht. Tatsache ist ferner, daß seit der Vertiefung dieses Fahrwassers auf 7 Meter der „Vulkan“ seine Schiffsstoffe stets ungehindert nach Swinemünde heruntergebracht hat. Wenn das Panzerschiff „Preußen“ auf der Fahrt dorthin wirklich den Grund berührt hat, so muß das derart unbedeutend gewesen sein, daß es kaum der Rede wert war, denn die Schiffsführer auf den Schleppschiffen haben davon nichts gemerkt. Nur aber hat das Panzerschiff „Preußen“ die Reise nach Swinemünde gemacht bei 14 Zentimeter unter Mittelwasser, also unter den allerungünstigsten Verhältnissen! Davon sagt keiner der Herren merkwürdigerweise auch nur ein Wort! Es kann ihnen weiter auch nicht unbekannt geblieben sein, daß unser Fahrwasser heute tatsächlich schon auf weiten Strecken 8 Meter tief ist, und daß die Wasserbauverwaltung innerhalb zwei Jahre so weit zu sein hofft, diese Tiefe auf der ganzen Strecke der Schifffahrt zur Verfügung stellen zu können. Eine weitere Vertiefung auf 9 Meter — eine solche auf 10 dürfte kaum in Frage kommen — begegnet technisch nicht den mindesten Schwierigkeiten, und warum sollte der preussische Staat das Geld hierzu nicht zur Verfügung stellen, sei es auch nur, um dem „Vulkan“ seine weitere Entwicklungsfähigkeit an der Ostsee zu gewährleisten?

Und in einer anderen Veröffentlichung führt die Oppositionsgruppe aus:

„Nach den für die vorige Generalversammlung vorbereiteten Druckdristen beabsichtigt die Verwaltung, für den ersten Bau der Hamburger Werft einschließlich eines großen Docks die Summe von 12 Millionen Mark zu verwenden. Darin sind die Mittel für Werftstätten zum Neubau von großen Maschinen und Kesseln nicht enthalten. Dem es wird beabsichtigt, bis die Notwendigkeit einer Neueinrichtung sich herausstellt, diese Maschinen und Kessel in Stettin zu bauen.“ Diese Notwendigkeit muß nach dem in unseren früheren Schriften festgelegten sich sofort ergeben, weil eine große Werft bei dem mit dem Transport von Maschinen und Kesseln verbundenen Gefahren sich auf die Herstellung dieser Gegenstände fern von der Verwendungsstätte nicht einlassen kann. Es werden also für den ersten Ausbau der Hamburger Werft mindestens 20 Millionen Mark erforderlich sein.“

Diese Gegengründe mögen vielleicht stichhaltig sein; aber die Opposition gegen das Projekt der Hamburger Niederlassung übersieht, daß der Hinweis auf die unzureichende Tiefe des Fahrwassers bei Stettin für die „Vulkan“-Verwaltung nur ein Redendgrund ist und nur dazu dient, den Hauptgrund zu verhallen. Der eigentliche Grund der Verwaltung ist ein anderer. Sie weiß aus sicherer Quelle, daß für die nächsten Jahre von der Regierung die Schaffung einer neuen starken, aus Panzerschiffen größten Displacement besitzenden Nordflotte geplant ist und daß ferner die Hamburg-Amerika-Linie den Bau einer Reihe großer Schnelldampfer beabsichtigt, und sie rechnet mit Bestimmtheit darauf — wahrscheinlich hat sie sogar unter der Hand schon bestimmte Zusicherungen erhalten, — daß sie von diesen Bauten, wenn sie in Hamburg die dazu erforderlichen Anlagen schafft, einen weit größeren Anteil erlangt, als wenn der Vulkan mit seinem Betrieb in Stettin bleibt.

Der Oberschlesische Stahlwerksverband, der kürzlich von einigen Mitgliedern gekündigt worden war, bleibt nach einem vorgestern in Katowitz gefassten Beschluß bis Ende dieses Jahres in der jetzigen Form bestehen und wird dann durch einen neuen und erweiterten Verband ersetzt. Ueber die Beteiligungsziffern und die wichtigsten statutarischen Bestimmungen des neuen Verbandes ist, wie aus Katowitz gemeldet wird, bereits unter den Beteiligten eine Einigung erzielt und die Gültigkeitsdauer der neuen Satzungen bis 30. Juni 1907 festgesetzt worden.

Die Aktien der Deutsch-Lugenburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft, die in letzter Zeit ihre Kurssteigerung eingestellt hatten, zogen gestern an der hiesigen Börse erneut in starken Maße an. Während sich sonst am Montan-Aktienmarkt zu Beginn der Börse eine gewisse Realisationslust zeigte, setzten die Aktien der genannten Gesellschaft gleich mit 257 Proz. etwas über ihren letzten Kurs ein und stiegen später auf 260 Proz. Als Grund der Nachfrage zirkulierten wieder allerlei Gerüchte über die Vereinigung der Deutsch-Lugenburgischen Gesellschaft mit anderen Gesellschaften, so wurde beispielsweise behauptet, sie plane eine Fusion mit der Bergwerks-Aktiengesellschaft „Nordstern“.

Auf der Suche nach Aufsichtsratsposten. Aufsichtsratsposten gelten in der heutigen Geschäftswelt als „feinste“ Stellen, nach denen sich nicht nur Industrie- und Finanzgrößen, sondern auch gewöhnliche Minister, Regierungspräsidenten, Oberbürgermeister und Generäle mit Vorliebe drängen. Anforderungen an fachmännische Kenntnisse werden meist nicht gestellt und noch weniger an die Arbeitskraft; dagegen wird meist auf sogenannte hohe Konnexionen, Titel, Orden und Beamtenqualität der größte Wert gelegt, denn es macht sich nicht nur schön, sondern gilt auch vielen naiven Leuten als Bürgschaft der Solvenz und Vertrauenswürdigkeit einer Aktiengesellschaft, wenn sich unter deren Aufsichtsratsmitgliedern Minister, Geheimräte a. D. oder Mitglieder alter Adelsgeschlechter befinden. Kleine, minderwertige Aktiengesellschaften tun es auch billiger; sie begnügen sich schon mit einem Bürgermeister oder Stadtrat, nötigenfalls auch mit einem Kommissionsrat oder einem simplen Dr. jur., hin und wieder sogar mit einem Dr. phil.; dafür wird dann allerdings an diese oft die Anforderung gestellt, daß sie nicht abzu gewissenhaft ihres Amtes walten und die Direktion nach ihrem Belieben schalten lassen.

Es kann unter solchen Umständen nicht wundernehmen, wenn die Aufsichtsratsposten von geschäftserfahrenen Leuten, die wissen, wieviel manche Verwaltungen von Aktiengesellschaften zu verdienen haben, als eine Art Handelsartikel betrachtet werden. Einen interessanten Beleg dafür bietet eine Mitteilung der „Köln. Zig.“, nach-

welcher einer süddeutschen Aktiengesellschaft, in deren Vorstand und Aufsichtsrat sich verschiedene Veränderungen vollzogen hatten, aus Anlaß dieser Vorgänge die nachfolgende Karte zuzug: „Jacobs Dr. jur. et phil., früher i. H. der Nationalbank für Deutschland, Charlottenburg, Friedbergstr. 3, stellt sich, falls die Besetzung eines Aufsichtsratspostens in Frage kommt und von Kapitalbeteiligung abgesehen wird, ergebnis zur Verfügung. Die Empfehlung eines hiesigen Ministers steht zu Diensten.“

Der Umstand, daß die Karte gedruckt ist, weist darauf hin, daß die erwähnte süddeutsche Gesellschaft nicht die einzige ist, die mit dem Anerbieten des Herrn Dr. Jacobs beglückt wurde. Bezeichnend ist ferner die Verulung auf die Empfehlung eines leibhaftigen Ministers, die wohl einen Ausgleich dafür schaffen soll, daß Herr Dr. Jacobs von einer Kapitalbeteiligung bescheiden absieht.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Maurer! Die Sperre über die Kunsthandsteinfabrik Gebr. Friede, S., Plan-Ufer 94, ist hiermit aufgehoben, da ein Vertrag zwischen den Parteien zustande gekommen ist.

Der Vorstand des Zweigvereins Berlin, Zentralverband der Maurer.

Zur Aussperrung der Kürschner. Nachdem die Streikleitung den Arbeitgeber-Verband von dem letzten Beschluß der Streikenden, auf Anerkennung des Arbeitsnachweises zu verzichten, in Kenntnis gesetzt hatten, ist vom Arbeitgeber-Verband die Mitteilung erfolgt, daß der Vorschlag in Erwägung gezogen und eine definitive Antwort den Streikenden bis zum nächsten Dienstag gegeben werde. In der gestrigen Streikversammlung war man sich allseitig darüber schlüssig, daß wenn die Antwort der Arbeitgeber noch diesem Entgegenkommen der Streikenden nicht befriedigend ausfalle, dann der Streik auch weiterhin mit der alten Schärfe fortgeführt werden müsse. Eine Resolution, im Kampfe bis zur endgültigen Entscheidung einmütig auszuführen, fand einstimmige Annahme.

Achtung! Arbeiter und Arbeiterinnen!

Die Arbeiter und Arbeiterinnen sowie Verkäufer des Konsumvereins Siemens- und Schudertwerke, Franklinstraße, Charlottenburg, haben die Arbeit niedergelegt und ersuchen alle organisierten Arbeiter, jeden Zugzug fernzuhalten. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Zentralverband der Handels- und Transportarbeiter, Ortsverwaltung Charlottenburg.

Deutsches Reich.

500 Handschuhmacher stehen in Halberstadt im Streik. Außer einer Erhöhung des Schnittlohnes wird noch die Befreiung einiger anderer Mißstände gefordert.

Die Maurer in Wernigerode befinden sich im Streik. Zugung ist fernzuhalten.

Ein Mäcker- und Anischerstreik ist auf den Magdeburger Mühlenwerken, Rudel- und Koulensfabrik ausgebrochen. Die Mäcker, Mütter und Anischer fordern einen Wochenlohn von 24 M., die Arbeiter 21 M. Diese Löhne werden bereits seit langem in den anderen Magdeburger Dampfwerken gezahlt. Die Direktion des Werkes hat es gar nicht für nötig gehalten, auf die eingereichten Forderungen zu antworten; den Verbandsvertretern, die Montag vorstellig wurden, um die Differenz zu schlichten, wurde sehr unhöflich die Tür gezeigt. Der Mühlenbetrieb ruht vollständig. Im Streik stehen 21 Mann.

Zum Kampf im rheinisch-westfälischen Baugewerbe.

Essen, 16. August 1905. (Eig. Ber.)

Der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe droht, wenn die Arbeiter nicht bis zum 1. September wieder aufgenommen werden sollten, die Sperre bis zum Frühjahr auszudehnen. Dieses Schreimittel verhängt aber bei den Bauarbeitern nicht, denn sie streiken unentgeltlich weiter. Nach berühmten Mustern sucht der Arbeitgeberbund, da seine Liebesmüh im Inland vergeblich geblieben, jetzt durch Inserate in ausländischen Zeitungen Streikbrecher. Auf ein großes Inserat im „Amsterdamer Blatt „Echo“ meldeten sich denn auch Maurer und Zimmerer, denen dann ein mittels Schreibmaschine vervielfältigtes Zirkular in holländischer Sprache überreicht wurde, das in deutscher Sprache lautete:

„Wir erhielten durch die Expedition der Zeitung des „Echo“ Ihre vom 8. dieses Monats datierte Karte und sind bereit, Sie als Zimmermann bei uns einzustellen. Die vergüteten Ihnen pro Arbeitstunde je nach Leistung 44 bis 52 Pf., nach niederländischem Gelde 25 bis 31 Cent. Ebenso vergüten wir Zehrlöcher für die Dauer eines Tages, ferner Reisefloßen dritter Klasse und eventuell auch die Kosten für den Transport ihres Gepäcks. Teilen Sie uns umgehend mit, an welchem Tage Sie hier ankommen und belieben Sie dem sich bei uns zu melden. Für den Fall, daß Sie noch mehr Kollegen kennen, die geeignet sind, in unsere Dienste zu treten, so wollen Sie diese darauf aufmerksam machen, daß wir noch Zimmerer, Maurer und Handlanger in großer Anzahl gebrauchen. Je mehr kommen, desto lieber ist es uns.“

Hochachtungsvoll

Arbeitgeberbund für das Baugewerbe in den rheinisch-westfälischen Industriegebieten.

Geschäftsleitung und Vertretung: Herrmann.“

Der Arbeitgeberbund irrt sich gewaltig, wenn er glaubt, daß holländische Arbeiter nun scharenweise, es gingen einige Hundert solcher Zirkulare nach Holland, dem lodenden Angebot Folge leisten würden. Durch allerlei Erfahrung gewohnt, streichen die Holländer die Zirkuläre aus, und als sie erfahren, daß hier die Bauarbeiter sich im Streik befinden bzw. ausgesperrt seien, da pöbeln sie dem Arbeitgeberbund etwas. Diese heßen teure Inserate los, offerierten schweres Geld, damit ihre Zirkulare in schlechtes holländisch umgewandelt würden, verständen den Porto, Zeit und Mühe, und alles war wiederum für die Kasse. Dazu kommt nun noch der Kerger darüber, daß sich die Arbeiterpresse über den neuesten Hereinfall der Baulöhnen lustig macht. Und alles das konnten sich die Herren eripieren, wenn sie die lumpigen 3 Pf. Lohnerhöhung bewilligt hätten. Wären sie nicht so bodenlos gewesen, hätten sie es schließlich sogar für 2 Pf. haben können.

Die hiesigen Stukture beider Organisationsrichtungen hielten im Saale des Herr Jung eine gemeinsame Generalversammlung ab, die nach einem Vortrag des Führers der hiesigen Organisation einstimmig folgende Resolution annahm: „Die heute bei Jung tagende gemeinsame Generalversammlung der Stukture beider Organisationen verurteilt ihre Mitglieder, keine Arbeit, die bisher von Maurern ausgeführt wurde, zu übernehmen, sondern sie als Streikarbeit zu betrachten, auch wenn sie an Stukturemeister übertragen sind. In zweifelhaften Fällen entscheidet die Schlichtungskommission.“

Ueber den in Dagen ausgebrochenen Streik der Stukture ist zu berichten, daß, nachdem die Meister das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen haben, die Differenzen nunmehr beigelegt sind. Die Verhandlung endigte mit dem Ergebnis, indem ein Tarifvertrag vereinbart wurde, warum die Gehältern die Arbeit wieder aufgenommen haben.

Tarifsbewegung. Die Portefeulle-Arbeiter und Arbeiterinnen Rürnberg's beschließen, den Unternehmern einen Tarifentwurf vorzulegen, worin u. a. die neunstündige Arbeitszeit, das Ausschließen der Akkordhöhe und die Festsetzung von Mindestlöhnen gefordert wird. Die Organisationsverhältnisse sind gute, so daß eine friedliche Lösung der Bewegung erwartet werden kann. Von den Arbeitern sind 95 Proz., von den Arbeiterinnen 75 Proz. organisiert.

Zur Bauarbeiter-Aussperrung in München. Am Dienstag vor-mittags 10 Uhr hielten die ausgesperrten Bauarbeiter in München drei große Versammlungen ab, die alle stark besucht waren. Bei den Maurern referierte über den gegenwärtigen Stand der Aussperrung Kollege Bömelburg-Hamburg, bei den Zimmerern Gausleiter Kemmer und bei den Bauhilfsarbeitern Gausleiter Mäkelmann und Geschäftsführer Döbler-München. In sämtlichen drei Versammlungen wurde nach lebhafter Diskussion überall einstimmig folgende Resolution zum Beschluß erhoben: „Die heute am 15. August tagende Versammlung erklärt nach Anhörung des Berichts über den Stand der Aussperrung, auch ihrerseits zur Herbeiführung des wirtschaftlichen Friedens im Baugewerbe beizutragen, um dadurch eine weitere Schädigung des Geschäftslebens Münchens zu verhindern. Um einen Ausgleich der im Lohnkampf noch bestehenden Differenzen herbeiführen zu können, ermächtigt die Versammlung die Organisationsleitung zu weiteren Unterhandlungen.“

Die Kunst- und Bauhilfsarbeiter Münchens haben im vergangenen Jahre mit den Schlossermeistern einen Tarif abgeschlossen, der von der Schlossermeister-Zunftung sofort, nachdem die Aussperrung im Baugewerbe in München perfekt wurde, gekündigt wurde. Jetzt nachdem die Ständigungsfrist abgelaufen, haben die Schlossermeister einen neuen Tarifentwurf mit ganz bedeutenden Verschlechterungen in Vorlage gebracht und gleichzeitig das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen.

Zusland.

Einen Erfolg nach viermonatigem Streik haben die Schreiner in Bern errungen. Sie beendeten den Kampf durch den Abschluß eines neuen Tarifvertrages, der die 10/11stündige tägliche Arbeitszeit, Minimallohn von 48 Rappen pro Stunde, Lohnerhöhung um 8 Proz. bestimmt und der für die Dauer von drei Jahren gilt und für ein weiteres Jahr, wenn er nicht rechtzeitig gekündigt wird.

Der Konflikt in der sächsisch-thüringischen Textilindustrie ist auch in der Schweiz mit großem Interesse verfolgt worden. So schreibt ein bürgerliches Blatt, die in Glarus erscheinenden „Glerner Nachrichten“ u. a.: „Dem Ausgang dieses schwierigen Kampfes kann auch unsere Industrie nicht gleichgültig entgegensehen. Die in Sachsen bisher bezahlten außerordentlich niedrigen Löhne sind es, die die dortige Konkurrenz zu einer so erdrückenden für die schweizerische Arbeiter machen. Auch ein bescheidener Erfolg der Arbeiterschaft zur Verbesserung der jämmerlichen Lohnverhältnisse Sachsens müßte sich auf dem internationalen Markt wohlthätig bemerkbar machen, indem die durch die Ausrichtung von Hungerlöhnen bedingte sächsische Vorkherrschaft wenigstens einigermassen beschränkt würde.“ — So war der Kampf der deutschen Textilarbeiter auch ein Kampf für die schweizerischen Textilarbeiter, ihr Erfolg auch ein Erfolg für diese, den sie nun ihrerseits ebenfalls in die Praxis umzusetzen haben.

Soziales.

1 1/2 Stunden Mittagspause sind für kaufmännische Geschäften und Lehrlinge zubielt. Der Zentralverband deutscher Kaufleute und Gewerbetreibender beschloß auf seiner diesjährigen Tagung in Stuttgart, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die gesetzlich vorgeschriebene Mittagspause von 1 1/2 Stunden für Geschäften und Lehrlinge in Orten unter 20 000 Einwohnern beseitigt werde. 1 1/2 Stunden Mittagspause sind der Ruin des Kaufmannstandes, so lang es durch die Neben der Herren Krämer. Nur zwei Redner, Langenlütgen aus Witten und Stamm aus Wiesbaden wandten sich mit Gründen der Menschlichkeit gegen den Antrag. Es half aber nichts, der Antrag, von Franz Vogel in Weeslau gestellt, wurde mit Hurra angenommen. Auch die Abschaffung der sechswohigen Gehaltszahlung in Krankheitsfällen soll gefordert werden.

Der Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands, der jetzt in 12 Jahrgängen 1159 Mitglieder hat, hält gegenwärtig seine erste Generalversammlung in Magdeburg ab. Der Verbandskassierer quittiert über eine Gesamteinnahme von 21 692 M., worunter 10 782 M. Bestand aller Vereine bei Gründung des Verbandes. Es wurde am ersten Tage über den Konzeptionsparagrafen der Gewerbe-Ordnung verhandelt und dazu beschlossen:

Der Verbandsrat der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands in Magdeburg beauftragt den Verbandsparlament, dem deutschen Reichstage eine Denkschrift zu überreichen, daß bei der in Aussicht gestellten Verordnungs- und Abänderung der Gewerbe-Ordnung bezüglich des Gast- und Schankwirtsberufes die Schäden und Mißstände, welche durch den § 33 der Gewerbe-Ordnung hervorgerufen worden sind, beseitigt werden; ferner um Aufhebung der Bestimmung zu ersuchen, wonach die Ortspolizeibehörde das Recht hat, den Verkauf von Branntwein auf gewisse Stunden des Tages zu beschränken.

Ueber die Statutenberatung wird uns berichtet:

In der Generaldiskussion über die Abänderung des Statuts dreht es sich ausschließlich um die Frage, ob der sozialdemokratische Charakter der Organisation mehr oder weniger hervorgehoben werden solle. Ein Teil der Redner wünscht die ganz entschiedene Betonung des sozialdemokratischen Parteistandpunktes. Es sollten aber nur wirkliche Parteigenossen aufgenommen werden. Lieber eine kleine Anzahl überzeugungstreuer Mitglieder als ein großer Verband mit mehr oder weniger zweifelhaften Elementen. Die Mitgliedschaft zu einem Hurra-Verein bürgerlicher Wirte dürfe nicht gestattet sein. Das Mißtrauen der Arbeiter müsse beseitigt werden. Es sei zum Teil berechtigt, da man sich schwer vor unklarerer Elementen schützen könne. Mit einer Gewerkschaft könne man sich nicht vergleichen. Die Arbeiter sagen nicht mit Unrecht: Ihr seid ja gar keine Arbeiter. Darum müsse man offen der Partei angehörend, die doch keine rechte Arbeiterpartei mehr sei. Ein anderer Teil der Redner will zwar auch betont haben, daß der Verband auf dem Standpunkte der modernen Arbeiterbewegung steht; die Existenzfrage verlange aber Rücksicht. Man müsse manchmal im Geschäft etwas ansehen, was seiner inneren Überzeugung zuwiderlaufe. Gerade die Hervorhebung des Parteistandpunktes hielte daher heute noch manchen guten Parteigenossen vom Beitritt ab. Der Einfluß würde größer sein und werden, wenn man weniger stark die sozialdemokratische Richtung heraushebe. — Zur Vorbereitung der endgültigen Beschlußfassung wird eine Statutenberatungs-Kommission gewählt, der auch die Beratung des Rechtschutz-Reglements übertragen wird.

Ein Antrag, mit der Leitung der Partei in Verbindung zu treten, damit der Verband als Kampfsorganisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung anerkannt werde, wird zurückgezogen, weil ein Anschlag auf die Generalkommission der Gewerkschaften ausfallslos sei, von der Partei aber die Anerkennung schon ausgesprochen sei dadurch, daß das Verbandsorgan in die Liste der Arbeiterpresse aufgenommen sei.

Ein die Unterstützung leidender und gebrechlicher Mitglieder verlangender Antrag wird der Statutenberatungs-Kommission überwiesen. — Dann wird in einer Resolution debattelos die Aufhebung der Grenzsperrung verlangt, die die hohen Fleischpreise verursache und dem Bauwirtsberuf und der werktätigen Bevölkerung unüberwindlichen Schaden bringe.

Eine weitere Resolution, die die Abänderung der Lustbarkeitssteuer-Ordnungen verlangt, wird dem Vorstand als Material überwiesen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Vom ostasiatischen Kriegsschauplatz.

Tokio, 15. August. (B. T. V.) Amtliche Meldung. Die Russen machten am 14. August zwei Vorstöße in der Nähe von Tschandu und Tschiangpumen, wurden jedoch zurückgeschlagen. Die Japaner hatten einen Toten und die Russen 45 Tote.

Schluß internationaler Textilarbeiter-Kongress.

Der Kongress tagte in Mailand. Anwesend waren 86 Delegierte aus acht Ländern, die über 360 000 organisierte Arbeiter und Arbeiterinnen vertraten.

Nachdem eine Anzahl geschäftlicher Fragen erledigt waren, erstattete der internationale Sekretär Mr. Wilkinson England seinen Bericht.

Zum Streikfonds sind über 12 000 M. eingegangen, Deutschland hat dazu 3800 M., England ca. 4000 M. beigetragen.

Eine scharfe Kritik wurde von den deutschen Delegierten an der Tätigkeit des Sekretärs geübt. Derselbe sei nur auf nebensächliche Dinge eingegangen; die Hauptsachen, die die Delegierten wissen müßten, seien gar nicht behandelt worden.

Einer Resolution, eingebracht von dem Komitee zur Vorbereitung, die dem internationalen Sekretär, unter Berücksichtigung der schwierigen Lage, unter der die Geschäfte zu führen sind, das Vertrauen des Kongresses ausspricht, wird zugestimmt.

Die Verkürzung der Arbeitszeit.

Renard-Frankreich referiert darüber. Zudem er vorher auf die französischen Verhältnisse eingeht, fährt er u. a. aus, daß in Frankreich 80 Proz. der Textilarbeiter nur 2 Fr. pro Tag und die übrigen 20 Proz. darüber verdienen.

Der Kongress fordert die Textilarbeiter und Arbeiterinnen aller Länder auf, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln für die weitgehendste Verkürzung der Arbeitszeit durch die Gewerkschaften zu wirken.

England erklärt sich durch zwei Delegierte dafür, daß man den Parlamentarismus nicht überschätzen solle, das schließt jedoch nicht aus, daß die gewerkschaftliche mit der politischen Organisation Hand in Hand gehen solle.

Die Resolution Deutschlands wird angenommen. Dagegen stimmten nur Italien und Holland.

Der nächste Punkt behandelt das metrische Garnnummernsystem bzw. ein einheitliches System. Der Kongress stimmt für das metrische System.

Abkündigung der Ueberzeitarbeit

geschritten. Das Referat hat England (Allen See-Portshire) übernommen. Derselbe führt aus, daß in der schärfsten Verteilung der Ueberzeitarbeit wohl nur eine Ansicht auf dem Kongress vorhanden sei.

Die Abstimmung ergab die einstimmige Annahme der Resolution, die die Arbeiter auffordert, an die gesetzgebenden Körperschaften zu appellieren, die Vorschriften der Ueberzeitarbeit, nicht nur für Frauen und Kinder, sondern für alle Arbeiter zu beseitigen.

Ueber die Aufhebung des Stücklohnes

referiert Turner-England (sozialistische Gruppe der Textilarbeiter). Redner verurteilt die schädlichen Wirkungen des Akkordsystems, das, vom physischen und wirtschaftlichen Standpunkte ausgehend, scharf zu verurteilen sei.

prinzipiell festlegen. — Scharf wendet sich gegen einen solchen Standpunkt Frankreich. Dasselbe fordert in einem Zusatz zu der eingebrachten Resolution, daß die Arbeiterorganisationen energig für die gesetzliche Einführung eines Maximalarbeitstages und Festlegung eines Minimallohnes eintreten.

Hierauf wird in die Verhandlungen über die Forderung, betreffend Arbeitsruhe vom Sonnabend nachmittag bis Montag früh 6 Uhr, eingetreten.

Franz Faas-Schweiz erstattet den Bericht der Kommission zur Prüfung des Kasienberichts des internationalen Sekretärs.

Nach demselben haben die dem Sekretariat angeschlossenen Länder folgende Beiträge geleistet. An (seit dem letzten Kongress) den allgemeinen Fonds:

Table with 2 columns: Country and Amount. Includes entries for France (257,85 M.), Germany (755,85 M.), Belgium (160,70 M.), Holland (280,10 M.), Austria (99,00 M.), Denmark (120,35 M.), Switzerland (190,75 M.), England (North-H.) (25,00 M.), England (Trab.-Un.) (1000,00 M.), and International Strike Fund (592,50 M.).

Zu dem allgemeinen Fonds sind als Uebertrag 2092,15 M. vorhanden gewesen. Nach Abzug aller Kosten bleibt ein Bestand von 3343,50 M., von dem jedoch noch der bewilligte Gehalt von 800 M. für den Sekretär abgeht.

Das internationale Sekretariat wird nach Deutschland verlegt. Auf dem nächsten internationalen Textilarbeiterkongress ist das internationale Sekretariat derart auszubauen, daß es ermöglicht wird, eine regelmäßige Korrespondenz herauszugeben.

Das internationale Sekretariat wird nach Deutschland verlegt. Auf dem nächsten internationalen Textilarbeiterkongress ist das internationale Sekretariat derart auszubauen, daß es ermöglicht wird, eine regelmäßige Korrespondenz herauszugeben.

Haamsch-Wien begründet denselben in ausführlicher Weise und betont, derselbe solle kein Mißtrauensvotum für England sein, sondern es sei aus Gründen praktischen Handelns notwendig, das Sekretariat nach Deutschland zu verlegen.

Der schweizer Delegierte erklärt, daß sie bei aller Anerkennung der Leistungen, der deutschen Gewerkschaften nicht für den Antrag der Desterreicher, sondern für die Verbeibehaltung des Sekretariats in England stimmen werden, indem letzteres ja versprochen habe, sich zu bessern.

Der schweizer Delegierte erklärt, daß sie bei aller Anerkennung der Leistungen, der deutschen Gewerkschaften nicht für den Antrag der Desterreicher, sondern für die Verbeibehaltung des Sekretariats in England stimmen werden, indem letzteres ja versprochen habe, sich zu bessern.

Wilson's. Wenn das der energischste sei, dann beweise dies nur, wie traurig es in England um die Arbeiterbewegung in Beziehung auf das Klassenbewußtsein stehe.

Hierauf wurde die Sitzung auf Sonnabend vertagt. Das Präsidium macht den Engländern Vorwürfe, daß sie heute schon den Kongress verlassen wollen, obwohl sie durch ihren Sekretär den 1. Juli mit angefangen haben.

Reichell-Chemnitz kritisiert, daß die Engländer, trotzdem noch so wichtige Punkte beraten werden müßten, sofort nach Wahl des Sekretärs abgereist seien.

Die deutsche Delegation erklärt, daß sie mit Ausnahme eines Delegierten (Kritische) deshalb nicht für die den internationalen Sekretär vollkommen entlastende Resolution stimmen konnte, weil durch die an dem Bericht geübte Kritik festgestellt wurde, daß das Sekretariat nicht in gewöhnlicher Weise funktioniert hat.

Die deutsche Delegation erklärt, daß sie mit Ausnahme eines Delegierten (Kritische) deshalb nicht für die den internationalen Sekretär vollkommen entlastende Resolution stimmen konnte, weil durch die an dem Bericht geübte Kritik festgestellt wurde, daß das Sekretariat nicht in gewöhnlicher Weise funktioniert hat.

Verfammlungen.

Eduard Bernstein über den politischen Massenstreik. Im vierten Wahlkreis (Dst) hielt der sozialdemokratische Wahlverein am Dienstag eine ungewöhnlich stark besuchte Mitgliederversammlung ab, in der Genosse Eduard Bernstein über den politischen Massenstreik als zukünftiges Kampfmittel der Arbeiterklasse sprach.

In eingehender Weise legte Bernstein seine Anschauungen über die Frage dar, die in den folgenden 12 Thesen gipfeln:

- 1. Die Entwicklung der politischen Zustände in Deutschland und insbesondere in Preußen, dem führenden Staate Deutschlands, macht eine erneute Prüfung der Kampfmittel der Volklassen für die Verteidigung bedrohter und die Eroberung andauernd vorzuhaltender Rechte zu einer unabweisbaren Notwendigkeit. Die Wahlergebnisse in Hamburg und Lübeck, die auf die 1896er Wahlergebnisse in Sachsen gefolgt sind und denen Wahlergebnisse in Mittel- und Süddeutschland zu folgen drohen, während in Preußen das verrottete, der wirtschaftlich-sozialen Entwicklung mehr als je ins Gesicht schlagende Dreiklassenwahlrecht hartnäckig aufrecht erhalten wird, all diese und andere Anzeichen liefern den Beweis, daß das Stück Demokratie in der Reichsverfassung, das allgemeine Reichstagswahlrecht in Deutschland nur noch ein präkares Dasein führt.
- 2. Die Arbeiterklasse kann jedoch in ihrem sozialen Befreiungskampfe das Mittel des allgemeinen Wahlrechts nicht entbehren. Sie muß also ihre ganze Kraft daran setzen, es zu verteidigen, wo es bedroht ist, es zu erkämpfen, wo es ihr fehlt.
- 3. Bis vor einem Menschenalter war die letzte Zuflucht der Volksmassen für die Wahrung ihrer Rechte der Kampf auf der Barrikade. Sie ist durch den modernen Städtebau und die heutige Technik der Feuerwaffen hinfällig geworden.
- 4. Dagegen hat mit der Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens, die zur Konzentrierung großer Massen von gewerblichen Lohnarbeitern in den Städten und Industriebezirken geführt hat, der Streik eine wachsende Bedeutung erlangt. Schon heute ist jeder große Streik ein politisches Ereignis. Wenn Zehntausende und aber Zehntausende, ja, wie es schon vorgekommen ist, Hunderttausende von Arbeitern die Arbeit niederlegen, so zieht das so weite Streife der Bewußtseinsbildung in Mitteleuropa, daß sich die Öffentlichkeit wohl oder übel genötigt sieht, sich mit dem Streik und seinen Ursachen eingehend zu befassen. Je nach der Natur der Wirtschaftszweige, die der Streik erfaßt, z. B. wenn sich Verkehrsarbeiter in größerer Zahl an ihm beteiligen, kann diese Wirkung noch gesteigert werden.
- 5. Aus diesem Grunde ist der Streik auch zu einer in politischen Kampf verwendbaren Waffe geworden. Er hat sich als solche schon verschiedentlich bewährt. Es ist unter allen Wissenszweigen der Arbeiterklasse, bei denen diese sich nicht selbst ans Messer liefert, die eindrucksvollste.
- 6. Allerdings ist der politische Streik keine unfehlbare, jederzeit nach Willkür in Anwendung zu bringende Waffe. Er ist zunächst nur wirksam, wenn er von sehr großen Massen ausgeht. Nach den Erfahrungen anderer Länder zu schließen, würde er z. B. in Preußen wenig Wirkung haben, wenn sich nicht schon in der Hauptstadt allein Hunderttausende von Arbeitern an ihm beteiligten.
- 7. So große Massen sind aber nur bei tiefgreifender Erregung zur gemeinsamen Aktionsbereitschaft zu bewegen. Aus diesem Grunde verbietet es sich, mit der Idee des politischen Massenstreiks irgend ein Spiel oder Sport zu treiben. Reichfertige Inszenierung

von politischen Streiks ist nicht anders zu beurteilen, wie ehemals die leistungsfähige Invention von Paritätsentscheidungen, das heißt sie ist als zwecklose Aufopferung von Kräfte zu betrachten.

8. Ganz falsch ist ferner die Idee, durch wiederholte Versuche mit kleinen politischen Streiks zum allgemeinen politischen Streik zu "erzwingen". Mißglückte Versuche erzielen nicht, sondern schaden ab.

9. Ebenso ist die Idee zu verwerfen, als könne durch einen großen Massenstreik die Umwälzung der ganzen heutigen Wirtschaftsgliederung in eine sozialistische oder kommunistische bewirkt werden. Sie beruht auf völliger Verkennung der Vorbedingungen einer solchen Umwälzung und ist nur geeignet, gegebenenfalls zu den verheerendsten Maßnahmen zu verleiten.

10. Der politische Massenstreik wird in den großen Städten schwerlich ohne Erschienen der Massen in den Straßen durchzuführen sein. Andererseits kann aber solches Erschienen der Massen seinen Eindruck und damit seine Wirkungskraft sehr erhöhen. Es ist jedoch im Auge zu behalten, daß jeder Kampf schlecht oder mangelhaft bewaffneter Massen mit der gekulten, gut ausgerüsteten und einheitlich geführten bewaffneten Macht die größte Wahrscheinlichkeit einer Niederlage der ersteren mit ihren demoralisierenden Folgen in sich trägt. Aus diesem Grunde muß danach gestrebt werden, es nicht zu solchem Zusammenstoß zu treiben, sondern dem Streik nach Möglichkeit den Charakter einer gewaltlosen Demonstration zu wahren.

11. Die Widerstandskraft großer Massen, die sich nicht provozieren lassen, aber ohne Furcht vor Verhaftungen z. B. zum Beharren entschlossen sind, ist eine außerordentliche. Der Zweck des Massenstreiks ist nicht, den Gegner niederzuschlagen, sondern ihn durch Ermüdung z. B. zum Nachgeben zu bewegen.

12. Der politische Massenstreik erheischt für den Erfolg nicht nur die Mitwirkung sehr großer Massen, sondern auch die Konzentrierung des Geistes dieser Massen auf ganz bestimmte begrenzte Ziele. Unbestimmte, ins Allgemeine gehende Absichten tragen den Keim des Mißerfolges in sich. Je einheitlicher, je fester vorgezeichnet das Ziel, je abgegrenzter der Angriffspunkt, um so wahrscheinlicher der Erfolg.

An der Diskussion beteiligten sich der Anarchist Weidner sowie die Genossen Ehrlich und Unger. Letzterer hält die Propagierung des politischen Massenstreiks für verfehlt. Das Volk sei noch lange nicht reif dafür. Erst müsse den Gewerkschaften klar gemacht werden, daß sie nicht neutral seien, auch müßten die Führer der Gewerkschaften wieder mehr mit den Führern der Partei in Fühlung treten. So lange aus den Gewerkschaften der sozialistische Geist künstlich ferngehalten werde, wisse die Masse ihre politischen Rechte noch gar nicht richtig zu wahren.

Demgegenüber antwortete in seinem Schlusswort: So schlimm, wie der Vordredner es dargestellt, ließe es mit dem Mangel an sozialistischem Geist in den Gewerkschaften dem doch nicht, im Gegenteil sei sozialistisches Denken und Empfinden in den Gewerkschaften stärker wie je zuvor entwickelt. Auch dürfe man die Gewerkschaftsführer nicht übertrieben anklagen. Ihre Haupttätigkeit liege nun einmal naturgemäß mehr auf wirtschaftlichem als auf politischem Gebiete, Sozialisten aber seien sie wohl durchweg alle. Man dürfe nicht zu schwarz malen. Auch die Idee des politischen Massenstreiks werde in den Gewerkschaften weiter Boden fassen.

Da die Versammlung bereits stark gelichtet war, wurde von einer Abstimmung über die Verfassungsfragen abgesehen. Das Thema selbst soll in den Bezirksversammlungen noch eingehender diskutiert werden.

Der Sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Wahlkreis (Südost) hielt am Dienstag bei Graumann, Raunynstraße 27, eine gutbesuchte Versammlung ab, um den Entwurf zu dem neuen Organisationsstatut der Partei zu diskutieren. Genosse Silbermann, der der Organisationskommission angehört, referierte. Er betonte den Charakter des Entwurfs als den eines Kompromißproduktes und ging dann die Vorschläge des Entwurfs durch, welche gegenüber dem bisherigen Zustand Neuerungen bringen, wobei er als besonders wichtig die Neugliederung und die damit verbundene festere Fügung der Parteiorganisation in den Vordergrund rückte. Dem § 8 (Bezirksverbände und Landesorganisation) hob er hervor, daß damit in der Hauptsache eigentlich nur anerkannt und festgelegt werde, was in der Praxis bereits war. Der § 8 halte den föderalistischen Charakter in Bezug auf die Erhebung der Parteigehälften aufrecht, so daß allerdings bis zu einem gewissen Grade die Einheitlichkeit nicht ganz gewährleistet werde. Aber unter den gegenwärtigen Verhältnissen habe die Kommission nicht anders können, um zu ermöglichen, daß die bestehenden Parteigliederungen ohne Störung sich zusammenfassen ließen. Der Zukunft müsse es vorbehalten bleiben, einen noch engeren Zusammenhalt herbeizuführen. Ueber die Frage der Selbständigkeit der Bezirksorganisationen seien die Genossen im Reich, wie die Anträge und Diskussionen bewiesen, noch nicht einig, Redner hoffe aber, eine Einigung darüber werde auf dem Parteitag zu Stande kommen. Nicht gerechtfertigt erschien die Befürchtung namentlich der Süddeutschen, daß die Bezirksverbände einen ungenügenden Einfluß haben würden. Die Bezirks- und Landesorganisationen sollten ja in engerer Fühlung mit den einzelnen Kreisen bleiben. Es könne übrigens gar nicht anders werden, als daß die Leute, die an der Spitze der Bezirke beginn. Landesorganisationen gestellt würden, von einem besonderen Erwerbserwerb losgelöst werden müßten und sich ganz der Parteitätigkeit zu widmen hätten. Sie würden Gelegenheit haben, mit den Genossen in den einzelnen Kreisen persönlich Fühlung zu nehmen und eine bessere Verbindung bis in die Zweigvereine der einzelnen Kreisorganisationen hinein, herzustellen. Der Landesorganisation werde mehr als bisher die Aufgabe der Erfüllung beziehungsweise Regelung der Kleinarbeit zufallen. Die Landespolitik und Gemeindepolitik gehöre zu ihrem Wirkungskreis. Logischerweise würden, ob man es beschließe oder nicht, die Funktionäre und Träger der Bewegung außerhalb der

Parteitage zusammenkommen müssen, um die Erfahrungen gegenständig auszutauschen, Anregungen für die weitere Agitation zu geben und zu erhalten. Das werde recht befruchtend wirken. Es ergebe sich von selbst, daß die Sekretäre der einzelnen Bezirke die Vorstände und Vertrauenspersonen der einzelnen Kreise und Orte zusammen nehmen würden.

Sehr wichtig sei § 10, wonach die Wahlkreise mindestens 25 Prozent ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen hätten, abgesehen von Ausnahmen, die der Parteivorstand im Bedarfsfälle zu lassen könne. Abgesehen davon, daß auch die Finanzgebarung der Partei am besten auf dem Grundsatze: "Gleiche Pflichten — gleiche Rechte" aufgebaut werde, könnte auch die Verbeibehaltung der heutigen Finanzierung unangenehm werden. Heute sei die Partei angewiesen auf die Ueberhülle einiger großer Unternehmungen und auf die Erträge von besonderer Industriebezirke (Großstädte usw.). Man könne sich nicht auf die Ueberhülle der Partei-Unternehmungen stützen, denn man wisse nicht, ob die Erträge immer derartige sein werden. In einem solchen Falle wäre aber ohne andere Fürsorge eine große Partei, wie die unsrige, schwer getroffen. Auch zu diesem Punkte seien schon Änderungsvorschläge gemacht worden. Genosse Ullrich und sein Kreis wollten die Beiträge für den Parteivorstand durch die Landesorganisation gehen lassen. Redner meinte, dem sei nicht zuzustimmen; es müßte doch die Zentralisation mehr hervortreten. — Die Verichterstattung der Kreise an den Parteivorstand (§ 18), die auch von Süddeutschland belämpft worden ist, hält Redner für durchaus notwendig, weil der Parteivorstand direkt aus den Kreisen unterrichtet sein müsse. Das sei der ganzen Organisation und ihrem Wirken sehr förderlich. — Was die Wünsche der Genossen angehe, nicht die ganze Fraktion ohne weiteres zu den Parteitagen zuzulassen, so habe die Kommission bei Berücksichtigung aller Einwände doch geglaubt, es bei dem bisherigen Zustande belassen zu sollen. Recht kleinlicher Natur sei übrigens der Grund, daß es nicht gut wäre, wenn zuviel Abgeordnete kämen. Vor allem möge man keine Siebereien unter den Abgeordneten vornehmen, etwa gar Massenunterschiede in der Fraktion machen. — Nachdem Redner noch die Bestimmungen über Ausschüsse aus der Partei und über die Schiedsgerichte, die er nicht gern an der Spitze des Statuts sehen möchte, erläutert hatte, gab er noch seiner persönlichen Auffassung zur Organisationsfrage im allgemeinen dahin Ausdruck: Bei der Wenderung der Organisation, die durchaus notwendig geworden sei, handele es sich nicht bloß um eine formale Frage, sondern um eine Frage nach besserem Kampfes-, besseren Erziehungsmitteln. Es habe sich als ein Irrtum erwiesen, daß Erziehung und Wissen im selben Verhältnis wachsen würden, als die Zahl der für die Partei Stimmenden. Bei vielen beruhe ihre Anhängerschaft nur in einer Sympathieerklärung. Wenn nun auch die ganze Entwicklung auf eine Sozialisierung der Produktion und der Produktionsmittel hindrange, so beweisen doch der zutage tretende Autokratismus, die Vergung der Regierung unter Schlot- und Krautjunker, die ganz verwilderte politische Situation überhaupt, die verschiedenen reaktionären Anschläge und sonstige Widerstände, daß unser politischer Einfluß nicht so groß sei, wie er es sein sollte. Unser Einfluß auf weite Arbeiterkreise sei noch zu gering, insbesondere hätten wir nicht genügenden Einfluß auf die Arbeiterkreise, die noch immer die Rückenstütze der bürgerlichen Parteien bilden, und sei es auch nur durch ihre Indifferenz. Und das sei ein Zeichen dafür, daß unsere Organisation unvollkommen sei. Die bei den Wahlen gewonnenen frischen Parteimitglieder verdrängen vielfach wieder unter dem Einfluß von Behörden, Kriegervereinen, Säugengilden und dergleichen. Da habe im letzten Jahrzehnt die Gewerkschaftsbewegung es doch verstanden, tiefer zu schürfen und neu gewonnene Kräfte dauernd an sich zu fesseln, in ihrem Banne zu behalten, was einmal darin war. Diese Aufgabe müsse auch die Partei erfüllen. Die Organisation müsse so sein, daß sie alle Kräfte zusammenfasse, dabei in die niedrigsten Schichten hinuntergreife und ein Werk der Erziehung, der systematischen Gewinnung der Geister geleistet werde. Dann würden wir auch in Zukunft es mit allen unserer Gegner aufnehmen. (Lebhafter Beifall.) An der Diskussion beteiligten sich Jänisch, Treu, Reimann und Schröder.

Jänisch erklärte es für falsch, wieder im Organisationsstatut zu bestimmen, daß zur Teilnahme an den Parteitagen die Mitglieder der Reichstagsfraktion ohne weiteres berechtigt seien. Das sei ein Privilegium, das wir nicht dulden dürften, die wir gegen die Privilegien der heutigen Gesellschaft kämpfen. Auch die Fraktionsmitglieder müßten, wie jeder andere Genosse, es darauf ankommen lassen, ob sie als Delegierte gewählt würden. Das jetzige Privilegium der Abgeordneten sei zugleich ein Teil des Bureaucratismus in der Partei, den er bekämpfe. Redner beruft sich auf einen Artikel der "Sächsischen Arbeiterzeitung" gegen den betreffenden Passus des Entwurfs. Die Genossen lämen bei der heutigen Zusammenfassung auf dem Parteitag nicht zu ihrem Rechte. Das zeigten auch schon die Berichte der Presse darüber, wo neben 10 Zeilen über die Rede des einfachen Delegierten 100 Zeilen für den Abgeordneten, der auch nur zehn Minuten gesprochen habe, ständen.

Treu geht der Organisationsentwurf in Bezug auf die Zentralisation noch nicht weit genug. Wenn er hinsichtlich der Teilnahme der Fraktion an den Parteitagen einerseits Silbermann nicht unrecht geben könne, so habe doch Jänisch darin recht, daß diese Teilnahme in ihrer heutigen Form eine Abweidung von dem Grundsatze darstelle, daß die Delegierten ausschließlich zu wählen seien. Hebrigen brauche sich niemand verlegt fühlen, wenn zu den Parteitagen jeweilig nur ein bestimmter Bruchteil der Fraktion entsandt würde. Im allgemeinen sei der Organisationsentwurf als kleiner Schritt nach vorwärts zu bezeichnen. Als Muster für die Organisation könnten die Gewerkschaften dienen.

Reimann: Die Reichstagsfraktion habe nicht nur das Recht, auf den Parteitagen zu erscheinen, es sei sogar ihre Pflicht! Durch

ihre parlamentarische Tätigkeit hätten die Abgeordneten eine ganz andere Ueberhülle. Er könne nicht begreifen, wie ein Parteiblatz von einem Uebergewicht der Fraktion sprechen könne. Und wenn ein einzelner Abgeordneter zur Kritik herausfordere, dann müsse er erst recht auf dem Parteitag sein.

Schröder meinte unter anderem, daß man bei Würdigung der Organisationsfrage doch einen Unterschied zwischen Partei und Gewerkschaften machen müsse, da es sich bei letzteren doch nur um die augenblickliche Magenfrage handele. Gegen die Teilnahme der ganzen Fraktion am Parteitag macht Redner geltend, daß es kein Todesvotum sei, wenn der eine Abgeordnete hinfällig werde und der andere nicht. So feinfühlig brauche man nicht zu sein. — Alle Redner nahmen auch Bezug auf die Vorschläge der Kommission, die den Ausschluß aus der Partei betreffen. Nach ihren Ausführungen besteht unter den Genossen wenig Neigung für die Bestimmung, daß die Wiederaufnahme eines Ausschlossenen nur der Parteitag voll vornehmen könne. Es wurde der Wunsch laut, daß unter gewissen Voraussetzungen, die noch näher zu bestimmen wären, den Wahlvereinen gewisse Rechte in der Frage des Ausschlusses oder der Wiederaufnahme zugestanden werden möchten.

Silbermann konnte in seinem Schlusswort ohne Widerspruch feststellen, daß die Versammelten, abgesehen von einzelnen Aussetzungen, die natürlich nicht ausbleiben könnten, im großen und ganzen mit der vorgeschlagenen Neuorganisation einverstanden zu sein schienen.

Arbeiter-Samariterkassne. Heute abend 9 Uhr: 3. Abteilung Schöneberg bei Ost, Weiningerstr. 8. Vortrag über Ertrinken — Erstickungen — verschiedene Formen der Bewusstlosigkeit. Nachher praktische Übungen. Gäste willkommen. Neue Mitglieder können jederzeit eintreten. Eintrittsbeitrag 25 Pf. Monatsbeitrag 25 Pf.

Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter. (E. S. 29 Hamburg.) Filiale Rummelsburg, Sonnabend, 19. August, abends 8 1/2 Uhr, bei Gustav Tempel, Borjagen, bei der Reuen Bahnhofsstraße, Mitgliederversammlung. Sonnabend, den 26. August, findet unter diesjähriges Stiftungsfest im Café Bellevue statt.

Verband der Freireisenden Deutschlands. (Zweigverein Berlin.) Donnerstag, den 17. d. M., abends 10 Uhr, Rosenhaldenstr. 57, Versammlung. Vortrag. Erscheinung notwendig.

Zentralverband der Freireisenden Deutschlands. (Zweigverein Kitzdorf.) Donnerstag, den 17. August, abends 10 Uhr, bei Hoppe, Berlinstr. 14, außerordentliche Generalversammlung.

Gerichts-Zeitung.

Zur Charakteristik eines Soldatenskinders. Ein trübes Bild einer Ehe entrollte eine Verhandlung, die gestern vor dem Schöffengericht I stattfand. Wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung seiner Ehefrau war der 24jährige Buchhalter Alfred Bernet angeklagt. Der Angeklagte ist in der Unteroffizierschule in Wobkau und später in Potsdam erzogen worden. Nachdem er das erforderliche Alter erreicht hatte, trat er in den Seeresdienst. Zuletzt bekleidete er die Charge eines Unteroffiziers in dem 174. Infanterieregiment in Mech. Hier ließ er sich eine Mißhandlung Untergeordneter unter Mißbrauch seiner Dienstgewalt als Vorgesetzter zuschulden kommen und wurde daraufhin vom Militärgericht zu 6 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis versuchte er in verschiedenen Stellungen, bis es ihm schließlich gelang, bei einer hiesigen Elektrizitätsgesellschaft eine Anstellung als Lohnbuchhalter zu erlangen. Am 12. Mai 1903 heiratete der Angeklagte seine jetzt 24jährige Frau, mit der er anfangs sehr glücklich lebte. Bald kam es zwischen den Eheleuten zu Streitigkeiten, die, wie der Angeklagte behauptet, aus der übertriebenen Eifersucht seiner Frau entstanden wären. Diese behauptete wiederum, daß ihr Mann seinen Verdienst durchbringe und sich um sie nicht kümmere. Am 21. Mai dieses Jahres sah der Angeklagte bis spät nachts in dem Schanklokal von Nieße in der Schönhauser Allee. Um 12 Uhr erdachte seine Frau und sah ihn, mit nach Hause zu kommen. Als Antwort erhielt sie auf der Straße einen Faustschlag ins Gesicht. Die Frau wehrte sich gar nicht mehr gegen derartige Mißhandlungen, da sie gleichartige Mißhandlungen von ihrem Manne schon gewöhnt war. In der Wohnung kam es zu einer wüsten Schlägerei. Nachdem er seiner Frau durch Zuschlagen der Wohnungstür die Flucht abgegriffen hatte, schlug er auf das bewohnswürdige Weib in der barbarischsten Weise ein. Er wies sie aus dem Bett heraus und schlug mit Fäusten wie toll auf sie ein. Durch die hagelartige niederfallenden Schläge stürzte die Frau halb bewusstlos zu Boden. Der rohe Patron traktierte die am Boden Liegende mit Fußritten und schlug schließlich mit einem Stiefel auf sie ein. Die ganze Szene dauerte über 1 1/2 Stunden, wie Hausbewohner beobachtet hatten. Die unglückliche Frau blutete aus Mund, Nase und Ohren, die Augen waren die Blutgeschwollen, am Hals befanden sich starke Strangulationsmarken, überhaupt war das ganze Gesicht völlig entstellt. Frau B. mußte einen Arzt aufsuchen, der ihr Aussehen als geradezu entsetzlich schilderte. — Auf die Anzeige der Mißhandlungen hin wurde das vorliegende Strafverfahren gegen den Angeklagten anhängig gemacht. Vor Gericht wiederholte sich wieder einmal ein bereits gerichtsnotorischer Vorgang. Frau B. verweigerte aus Furcht vor weiteren Mißhandlungen ihre Aussage, der Angeklagte behauptete, von nichts mehr zu wissen, da er "nervös" sei. Der Staatsanwalt beantragte nur drei Wochen Gefängnis. Der Gerichtshof ging jedoch weit über diesen Antrag hinaus und erkannte auf drei Monate Gefängnis. Nach Verkündung des Urteils verließ der Angeklagte, der wieder mit seiner Frau zusammenlebt, den Sitzungssaal, ohne diese eines Wides zu würdigen. Gänderingend hat das unglückliche Weib: "Sprechen Sie meinen Mann frei, sonst schlägt er mich noch tot!" Der vorstehende Amtsrichter riet ihr, da sie keinerlei Verwandte in Berlin habe, den Schutz der Polizei anzurufen, damit sie nicht wieder den Mißhandlungen ihres Mannes ausgesetzt sei.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Donnerstag, den 17. August.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Neues königl. Operntheater.
Die Bohème.
Anfang 8 Uhr:
Festung. Uga.
Kleines. Salome.
Neues. Ein Sommernachtsstraum.
Zentral. Die Gescha.
Schiller O. (Wagner-Theater).
Die verkaufte Braut.
Schiller N. (Friedrich Wilhelmstädtisches Theater). Geschlossen.
Lustspielhaus. Der Herr Substitut.
Der dankbare Julien.
Thalia. Amor in Rem Heel.
Reizend. Eine Hochzeitsnacht.
Carl Weiß. Im Hause der Sünde.
Viel-Milanc. Den All Bey.
Dyoklo. Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Zengel. — Am Hochzeitsabend. — Spezialitäten.
Metropol. Die Herren von Maxim.
Trianon. Die Notbrücke.
Herrnfeld. Die Notbrücke.
Berliner Theater. Dorn's Ref.
Stadt Theater Monat. Mutter Gräber.
Passage. Madame du Dion.
Fernande Robertine. Spezialitäten.

Neues Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Ein Sommernachtsstraum.
Freitag, Sonnabend, Sonntag:
Ein Sommernachtsstraum.
Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Salome.
Freitag, Sonnabend: Angela. — Abschied vom Regiment.
Sonntag: Salome.
Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute: Großer Elite-Tag.
Zum vorletzten Male:
Die Loreley.
Romant. Volksschauspiel in 5 Akten.
Außerdem das
Sensations-August-Programm.
Im Saale: Großer Elite-Ball.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 20 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.
Saisonkarten haben Gültigkeit.

Urania Taubenstr. 48/49.
8 Uhr:
Tierleben in der Wildnis.
Sternwarte Invalidenstr. 57/62.

P. GASTAN'S PANOPTICUM
Friedrichstr. 155.
Neu! Minister Witte, Baron Komura, die japanisch-russischen Friedensunterhändler.
Präsident Roosevelt!!

ZOOLOGISCHER ZGARIEN
Täglich nachmittags ab 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert
Eintrittspreis 1 M.; ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Wenes kgl. Opern-Theater.
Anfang (Kroll) 7 1/2 Uhr.
Die Bohème.
Oper in 4 Akten von G. Puccini.
Fest: Galski, Pietro Ferrari. Rechte Aufführ.: Carmon. (Wagn. Liebmann-Orch.) Sonnab.: Bohème. Sonntag: Neu einstud.: Der Zigeunerbaron.

Apollo-Theater.
Die Sensation Berlins ist: 10 Uhr:
Ein Abend in einem amerikanischen Zingel-Zengel, ausgeführt von der berühmten amerikanischen Burlesk-Kompagnie von Dage Hochzeitsabend p. Linke und die August-Spezialitäten.

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Heute und folgende Tage, abends 8 Uhr:
Eine Hochzeitsnacht.
Schwan in 3 Akten von Henri Révillon und Albert Barré.

Metropol-Theater.
Bender x Giampietro
Massary x Frid Frid.
Zum 254. Male:
Die Herren von Maxim.
Große Ausstattungssposse mit Gesang und Ballett in 5 Bildern.
Rauchen gestattet. Anf. 8 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang der Abendvorstell. 8 Uhr, nachm. Sonnt. 3. Wochent. 5 Uhr.
Madame
du Dion!
Fernande Robertine
in dem Nimo-drama „Die Hand“.
14 sensationelle Nummern.
Neu eingeführt: Numerierte Plätze.

Berliner Uik-Trio.
Felix Schauer
Kasselerstr. 1.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Die Notbrücke.
Anfang 8 Uhr.

Lustspielhaus.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Der Herr Substitut.
Der dankbare Julien.

Carl Weiß-Theater.
Or. Frankfurterstr. 132.
Täglich 8 Uhr:
Im Hause der Sünde.
Or. Sensationskomödie v. R. Braun.
Im Sommer ein neues Programm. Anfang 5 Uhr. 2. Tag Ringkampf-Ward-Konkurrenz.

W. Noacks Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Großer Premieren-Abend!
9 1/2 Uhr: Aus Vaterliebe.
Vollständ. in 3 Akten v. Heibold.
Vor Schiller: Dir. Rob. Dill.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Entree 30 Pf. Ball.

Berliner Nachrichten.

Arzt und Patient im Krankenhaus.

Jede einseitige Beschäftigung versimpelt den Menschen. Das gilt von uns allen, und daher das Bedürfnis, uns über uns hinaus zu erheben, uns an den Großen der Menschheit aufzurichten oder uns einer Liebhaberei hinzugeben, sei es auch nur dilettierend.

Ein Beruf, der vielleicht noch am meisten vor den verrohenden Folgen einseitiger Beschäftigung geschützt ist, ist der ärztliche. Der tägliche Anblick jenes menschlichen Glends, das sich unter besseren Lebensbedingungen entweder gar nicht oder doch in milderer Form geltend macht, regt zum Nachdenken, zur Warmherzigkeit, zu milderer Beurteilung selbst der menschlichen Schwächen und Leidenchaften an.

Mancher Arbeiter, der längere Zeit krank und Gast einer öffentlichen Heilanstalt gewesen ist, wird allerdings einwenden, daß er Kerze kennen lernte, die mit allen möglichen Tugenden, nur nicht mit allzu großer Feinfühligkeit behaftet waren. Wir bestreiten die Wichtigkeit solcher Wahrnehmungen keineswegs, möchten aber auch ihnen gegenüber behaupten, daß sie die Ausnahme und nicht die Regel bilden.

Nicht um Vorwürfe zu erheben, sondern um zu erziehen, hat ein Mitglied des ärztlichen Standes vor kurzem die Wahrnehmungen mancher Patienten in einer Broschüre veröffentlicht. „Wissenschaft und Sittlichkeit“ heißt das von einer Ärztin, Dr. med. Mathilde Sola, verfaßte und in der Hamburger Verlagsanstalt (W. Krüger) verlegte Büchlein.

Wie wollen aus den mancherlei Beispielen, mit denen die Ärztin aufwartet, einige wiedergeben.

Der Herr Professor zeigt seinen Studenten in der klinischen Vorlesung allerhand Nihilbildungen des menschlichen Körpers. Zunächst Röntgenaufnahmen, wohlgelungene Photographien.

„Aber ich muß Sie bitten, sehr vorsichtig mit diesen kostbaren Objekten umzugehen, wir haben nur diese Exemplare, und sie sollen der Sammlung des Instituts einverleibt werden. — Ach ja, richtig, ich wollte noch zwei Fälle vorstellen. Geben Sie die Kinder her, Schwester!“

Kongenitale Klumpfüße. Aber ich sehe soeben, daß unsere Zeit abgelaufen ist. Es wäre am besten, wenn die Herren noch schnell herunterlämen und sich die Deformationen genau ansähen.“

Die Studierenden suchen zum großen Teil unbemerkt den Ausgang zu erreichen, niemand denkt daran, die ins Freie führende Tür zu schließen, und die eiserne Winterluft streicht ungehindert herein. Die Füßchen der nackten Kinder werden allmählich vor Kälte blau, und einer der Studierenden schlägt aus Erbarmen die Flanelldecke, in der die Kinder gepackt lagen, über ihren Oberkörper zusammen.

Darauf der Professor: Sie sind ja sehr liebenswürdig, Herr Kollege. Sie ersparen uns die Schwester, wenn Sie deren Dienste übernehmen; übrigens haben die Schwestern meinen Befehlen Folge zu leisten und jede eigenmächtige Handlung zu unterlassen, und ich bemerke ausdrücklich, daß ich auch mit Ihnen darin keine Ausnahme mache. Nun seien Sie noch so freundlich und nehmen die Decken wieder ab!“

Der Student leistet dieser Aufforderung keine Folge, sagt dem Professor ob der Nothet seine Meinung und — darf sich nicht wieder im Kolleg sehen lassen.

Wie es nach solchem Beispiel von oben um die Studenten bestellt ist, kann man sich denken.

Zwei Studenten bespötteln die „Gefühlsduselei“ eines Dozenten. Was hat der Mann getan? Zu Beginn der Vorlesung hat er die jungen Leute eindringlich ermahnt, mit der Empfindlichkeit der Kranken zu rechnen, sie nicht mit dem Hauch des Mundes zu belästigen, sich nicht zu ihnen aufs Bett zu setzen und die weiblichen Patienten nicht unnötig zu entblößen. So ein Lehrer ist nach Ansicht der Studenten ein guter Herr, versteht aber nichts von seiner Wissenschaft.

Der Professor geht mit den Studierenden in die Isolierbaracke, schlägt dort die Bettdecke einer Kranken zurück, so daß diese entblößt vor den Männern liegt. Schamvoll hat die Frau die Hände vors Gesicht gedrückt und entsetzt sie nur widerstrebend, als der Professor sie dazu auffordert, Tränen fließen über ihre eingefallenen Wangen.

„Sie weint, weil sie Schmerzen hat,“ meint der ahnungslose Professor und setzt dann seine Erläuterungen fort. „Es handelt sich hier um eine Erkrankung an Puerperalfieber. Alle unsere therapeutischen Eingriffe sind hier erfolglos gewesen, es ist bereits zu ausgedehnter Verschleppung eitriger Emboli gekommen, und wir haben den exitus totalis (den tödlichen Ausgang, D. R.) in kürzester Frist zu erwarten.“

Als die Herren fort sind, steht die Frau in wilder Verzweiflung die Schwester an, doch schnell den Gatten und die Kinder rufen zu lassen, da der Professor selbst gesagt habe, daß es mit ihr zu Ende gehe.

Ein sechzehnjähriges Mädchen hat die Frauenklinik aufgesucht: „Mein Leib ist so geschwollen und ich habe immer solche Schmerzen und kann gar nicht mehr arbeiten wie früher, und da meint meine Herrschaft, ich soll lieber mal in die Klinik gehen.“

„Sie sind im Dienst? Seit wann?“

„Seit einem Jahre, glaub' ich.“

„Sie haben gar nichts zu glauben, genau sollen Sie das angeben! Wie alt sind Sie denn?“

„Sechzehn Jahre.“

„Wie alt? Lauter! Sollen Sie gefälligst laut und deutlich antworten, wenn ich Sie frage?“

Ein spöttisches Rächeln umspielt die Mundwinkel des Arztes, als das Mädchen die Zahl lauter wiederholt. „Legen Sie ein Thermometer ein,“ befiehlt er der Schwester.

Dann fährt er fort: „Haben Sie Verlehr gehabt? Wo denn?“

„Bei den Eltern.“

„Später nicht mehr?“

„Nur wenn ich mal am Sonntag nach Hause gehen durfte.“

„Mit wem haben Sie denn Verlehr gehabt? Nun lägen Sie aber nicht, ich muß das wissen.“

„Mit den Bekannten von Vater und Mutter.“

„Mit mehreren? Und Ihre Eltern haben das gewußt?“

„Ja!“

„Und da wundern Sie sich noch, daß es Ihnen jetzt so geht?“

Sie sind natürlich in andern Umständen, tun Sie doch nicht, als ob Sie das nicht längst gewußt hätten.“

„Wieviel Grad hat sie?“ fragt der Arzt dann die Schwester.

„Vierzig!“ ist die Antwort.

Er blickt erlöst auf, überzeugt sich selbst von der Richtigkeit der Angabe und beginnt dann — die Untersuchung. Es stellt sich heraus, daß das Mädchen noch unberührt ist.

„Wie kommen Sie denn dazu, mir solche Dinge vorzuschreiben?“

„Wo denn?“ fragt das arme Kind, bei dem sich nach der schmerzhaftesten Untersuchung herausstellt, daß es an Bauchspeicheldrüsenleide.

— Zum Schluß noch ein Beispiel von einer Schwester.

Ein sechsjähriges von den Mätern genesenes Mädchen wird zu Hause ausgefragt, wie es ihr im Krankenhaus ergangen sei.

„Ja mag nicht wieder hin, weil der Onkel Doktor und die Schwester Martha so böse sind. Immer, wenn ich auf das Töpfchen wollte, hat Schwester Martha gesagt, daß ich ein unartiges Kind bin; und wenn ich noch mal nach ihr rief, weil ich auf das Töpfchen wollte, dann sagte sie es gewiß dem lieben Gott, und der wollte solche bösen Kinder nicht im Himmel haben, und dann müßte ich in die dunkle Hölle, und da würde ich verbrannt. Und dann“, fährt das Kind weinend fort, „habe ich immer ins Bett gemacht, weil es in der Hölle so dunkel ist, und da, da hat mich die Schwester Martha immer so geschlagen, und ich habe immer beten müssen, weil ich so ein schlechtes Kind bin. Und dem Onkel Doktor hat sie das auch gesagt, und dann hat der gesagt, das wäre ja noch schöner, wenn solch großes Mädchen ins Bett macht, und — und, wo ich wieder ins Bett gemacht habe, hat der mich auch gehalten!“

Wir wiederholen: Diese wenigen aus den zahlreichen Beispielen, die das Buch bringt, sind gewiß nicht typisch für den Umgang der Kerze mit ärmeren Kranken. Aber sie sind doch keine so großen Ausnahmen, daß nicht mancher Proletarier aus seiner eigenen Erfahrung mit Ähnlichem aufwarten könnte. Es ist daher der Herrin Dr. Sola zu danken, daß sie den Mut hat, dem minder geliebten Teil ihrer Kollegenschaft zu zeigen, wie man nicht mit Kranken umgehen soll. Bei einigem guten Willen der Kerze und der Kranken lassen sich übrigens auch diese Ausnahmen fast restlos beseitigen. Denn auch der Krankenhauspatient kann den gefühllosen Arzt erziehen, wenn er nur den Mut hat, ihm im gegebenen Augenblick zu bedeuten, daß sein Benehmen unwürdig ist. Möglich, daß im Anfang der eine oder andere Kranke unter solchem Freimut zu leiden hat. Aber ein roher Arzt, und sei er noch so berühmter, spannt doch allmählich andere Seiten auf, wenn er sieht, daß der Patient sich nicht alles in Geduld bieten läßt. Wir erwähnen noch, daß das vortreffliche Buch auch an manchem Beispiel zeigt, mit welcher Unvernunft das Publikum die Regeln der Gesundheitslehre mißachtet. Auch aus diesem Grunde ist es nicht allein für Kerze, sondern auch für Laien lesenswert.

Herr Dr. Freund und das Gewerkschaftshaus.

Bekanntlich hat die Alters- und Invalidenversicherungsanstalt Berlin die erste Hypothek auf das Gewerkschaftshaus gegeben. In dem Buche Sombarts: „Dennoch! Aus Theorie und Geschichte der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ erhielt der Vorsitzende jener Anstalt hierfür folgendes Lob: „Es ist ein ehrendes Zeugnis für den sozialpolitisch aufgeklärten Standpunkt ihres Vorsitzenden Dr. Freund, daß die Alters- und Invalidenversicherungsanstalt Berlin die Hälfte des Darlehens als erste Hypothek zu 3 Proz. zu geben sich bereit erklärt hat.“ Seit einiger Zeit verlautete es, daß Herr Dr. Freund darauf hinarbeitete, die bis 1910 unkündbare Hypothek zu gebieren — die Gründe, von denen die Rede war, ersahnten aber so kindisch, daß man an die Wahrheit des Gerüchtes nicht glauben wollte. Jetzt ist die Geschäftsführung des Gewerkschaftshauses davon benachrichtigt worden, daß die Fession ab 1. Juli 1905 an die Berliner Sparkasse erfolgt ist. Da in den Verhältnissen des Gewerkschaftshauses sich nichts geändert hat, müssen wir schließen, daß Herr Dr. Freund „den sozialpolitisch aufgeklärten Standpunkt“ als inopportun verlassen hat — wenn anders Herr Dr. Freund nicht in der Lage ist, sein sonderbares Vorgehen sachlich zu begründen. Die Geschäftsführung des Gewerkschaftshauses versichert uns, daß sie es mit größter Freude begrüßen würde, wenn Herr Dr. Freund seine Gründe in schonungslosester Weise der Öffentlichkeit bekannt geben würde.

Studierende Frauen an der Berliner Universität. Im Sommer 1904 waren 382, im letzten Winter 672 Frauen zugelassen, von denen 356 und 631 Vorlesungen hörten. Promoviert wurden zwei Damen zu Doktoren der Philosophie. Bemerkenswert ist die Beteiligung an seminaristischen Vorlesungen: Adolf Wagner hatte im staatswissenschaftlich-statistischen Seminar zwei Damen, von denen eine verheiratete eine der besten Arbeiten lieferte (über Chamberlains Handelspolitik). An den statistischen Vorlesungen von Voelck nahmen zwei Ausländerinnen teil (aus Rußland und aus Finnland), an Serings Vorlesungen vier und drei Damen. Unter den vorgetragenen, inzwischen zum Teil gedruckten Arbeiten werden erwähnt: Fräulein Alice Salomon, „Die Ursachen für die ungleiche Bewertung der Frauen- und Männerarbeit“ und Frä. E. Gans, „Edle Herrin zu Putzig, Die Arbeiterverhältnisse auf einem Rittergute der Prignitz“. Das Seminar für orientalische Sprachen zählte 12 bezw. 18 Hospitantinnen. Bemerkenswert ist, daß eine Dame, Frau Regierungsrat Franziska Stadthagen, ihre Studien durch Ablegung der Diplomprüfung (im Russischen) zum Abschluss brachte. Die Anstalt für Meereskunde hat einen weiblichen Bibliothek-Assistenten (Fräulein A. Zimmermann). Im neurobiologischen Laboratorium ist seit September v. J. Fräulein Veder als Präparatorin tätig. In der Pfaffenanstalt wurden 42 Frauen als Passierinnen ausgebildet (neben 17 Männern).

Zur Fleischnot, von der unser vergnügter Landwirtschaftsminister keinen Schimmer hat, wird uns von unterrichteter Seite gemeldet, daß für den Tag des ministeriellen Cabaret-scherzes sozusagen mit Dampfkraft gearbeitet wurde, um zu demonstrieren, daß aller Fleischnot zum Trotz doch von Fleischnot keine Rede sein könne. So gelang es dem agrarischen Bemühen, zum 9. August 13 000 Schweine für den Berliner Markt zusammenzutreiben. Am nächsten Markttage, dem 12. August, waren aber nur 8000 Schweine vorhanden, und gestern sogar nur die Hälfte dieser Zahl, 4000. Es ist jetzt außerordentlich schwer, die Engrosfleischschaffung zu bedienen; wer z. B. hundert Schinken in Auftrag gibt, kann froh sein, wenn er dreißig oder vierzig erhält. Von Fleischnot ist im gesegneten Breußen-Deutschland bei alledem keine Spur; und sollten die Preise immerhin noch ein wenig steigen, so wird der Landwirtschaftsminister gewiß nicht verfehlen, das deutsche Volk nach dem Rezept „Anallerhien oder du sollst und mußt lachen“ über das an sich erfrischende, aber hier und da vielleicht doch unangenehm empfundene Gefühl des Hungerns hinwegzubugieren. Es gibt Schweine genug und es gibt Sozialdemokraten genug, an denen sich der ministerielle Esprit austoben kann.

Mit Widerwillen werden die Arbeiterausschüsse in den städtischen Betrieben von den höheren Beamten betrachtet. Aus den Kreisen der Sanitätsarbeiter schreibt man uns: „Daß die städtischen Arbeiter die Ausschüsse nur noch als bloße Dekoration betrachten können, ist bekannt. Jetzt scheint man oben aber auch diese Beschränkungsinstanz für überflüssig zu halten, denn die Herren Inspektoren lehnen die Annahme von Anträgen zur Beratung einfach mit dem Ausschusses Hinweis ab: das gehört nicht zur Kompetenz des Ausschusses. So stellen die Ausschüsse vor einiger Zeit den Antrag, daß bei dem Tode eines Kollegen die Inspektion verpflichtet sein, eine Deputation zur Beerdigung zu entsenden; weiter wurde gefordert, daß bei plötzlichen Erkrankungen oder beim Todefall in der Familie die Verwaltung bis zu drei Tagen den Lohn weiter zahlen solle. Diese Anträge wurden einfach nicht auf die Tagesordnung gesetzt, weil der Ausschuss in diesen Punkten nicht zuständig sei! Und mit einer solchen Einrichtung will der Magistrat unserer Hauptstadt

Sozialpolitik treiben und den berechtigten Wünschen seiner Arbeiter Rechnung tragen.“

Die Mehrgewerbeten werden in Berlin seit jetzt achtzig Jahren aufgezeichnet. In dem achtzigjährigen Zeitraum von Anfang 1825 bis Ende 1904 wurden bei überhaup 2 274 753 Niederkünften 25 167 mal Zwillings-, 294 mal Drillings- und 3 mal Vierlinge geboren. Auf das Jahr fünf von Anfang 1900 bis Ende 1904 entfielen 252 588 Niederkünfte, darunter waren 2728 Zwillingsgeburt und 35 Drillingsgeburt. (Eine Vierlingsgeburt ist in Berlin seit 1881 noch nicht wieder vorgekommen.) Das Jahr 1904 allein war beteiligt mit 50 129 Niederkünften, worunter 571 Zwillingsgeburt und 8 Drillingsgeburt waren. Die Mehrgewerbeten (Zwillings-, Drillings- und Vierlingsgeburt zusammen) waren in den letzten achtzig Jahren rund 112 vom Zehntausend aller Niederkünfte. Die einzelnen Jahre zeigen natürlich Abweichungen von diesem Verhältnis. In den fünf Jahren 1900 bis 1904 war der Anteil der Mehrgewerbeten nur 109 vom Zehntausend aller Niederkünfte des Jahres, aber in 1904 allein stellte er sich auf reichlich 115 vom Zehntausend der Niederkünfte dieses Jahres.

Die Zusammenstöße im Straßenverkehr haben sich — nach einer Abhandlung des Geheimen Rats Dr. v. Bork — nach Einführung des elektrischen Betriebes im Straßenbahnverkehr vermehrt und zwar von 0,09 (im Jahre 1895) auf 0,12 (im Jahre 1900). Die meisten Unfälle sind dabei nicht durch Zusammenstöße zwischen Straßenbahnwagen miteinander, sondern von anderen Fahrzeugen mit Straßenbahnwagen herbeigeführt worden. Seitdem die Lastfuhrwerke durchweg mit Bremss-Vorrichtungen versehen sein müssen, haben diese Unfälle wieder abgenommen; sie gingen im letzten Jahre auf die Hälfte (0,06) zurück. Als Hauptursache der Betriebsstörungen im Straßenbahnverkehr wurde der sogenannten gemischte Betrieb angesehen, bei welchem die Motoren teils durch Oberleitung, teils durch in den Wagen untergebrachte Akkumulatoren mit Strom versorgt wurden.

Mit einem Liebesdrama, das sich am 15. Mai d. J. in Kassel abspielte, beschäftigt sich jetzt eingehend die hiesige Kriminalpolizei. In einem Hotel in Kassel erschossen sich damals ein Mann und ein Mädchen, die angeblich am Abend vorher mit dem Schnellzuge von Berlin gekommen waren. Die Selbstmörder hinterließen einen Zettel mit den Worten: „Sie brauchen sich nicht weiter um uns zu kümmern. Wir stammen aus Berlin und haben weiter keinen Anhang. Hermann Schmidt, Paula Laus.“ Statt Hermann hatte ursprünglich wohl Heinrich auf dem Zettel gestanden, war dann aber so gut als möglich wegedrückt worden. Trotz der eifrigsten Nachforschungen ist es bisher nicht gelungen, zu ermitteln, wer die beiden Toten waren. Die Kriminalpolizei bemüht sich jetzt noch einmal um ihre Feststellung, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Der Mann war etwa 35 bis 40 Jahre alt, 1,80 Meter groß und kräftig gebaut. Er hatte einen sehr großen, kräftigen Schädel, dünnes, kurz geschorenes hellblondes Haar mit kleiner Glatze, hellgraue Augen und einen dünnen, blonden Schnurrbart und trug einen schwarzen Cheviotanzug, einen schwarzen, weichen Filzhut, einen Schlips von Hermanns u. Froitzheim hier, ein weißes Taschentuch mit dem rotgestrichelten Zeichen H. S. und eine silberne Anstecknadel mit der Nummer 437 407. Das Mädchen war Anfangs der zwanziger Jahre, 1,68 Meter groß, hatte langes dunkelblondes, fast schwarzes Haar, graubraune Augen und eine etwas stumpfe Nase und trug ein schwarzes Winterjackett, eine blauweißfarbige Bluse, einen schwarzen Cheviotrock, weißes Unterzeug, die Weinkleider mit dem aufgenähten roten Zeichen S. D., ein weißes Taschentuch mit dem weiß gestrichelten Zeichen J., ein Nadelkettenarmband mit einer Angel und einen goldenen Ring mit grünem und rotem Stein. Das Mädchen war sehr hübsch, ihr Körperbau von seltenem Ebenmaß. Nur die beiden oberen Schneidezähne waren etwas übereinander gewachsen. Wer zur Aufklärung des rätselhaften Doppelselbstmordes und zur Feststellung der Toten etwas beitragen kann, wolle seine Mitteilungen unter 5813 IV. 2. 05 an die hiesige Kriminalpolizei richten.

Zu der vermutlichen Giftmordaffäre in Friedrichshagen erfahren wir noch folgendes: Die mysteriöse Angelegenheit ereigt in den östlichen Vororten ungemaines Aufsehen. Kaufmann Rogall, dessen Leiche, wie wir berichteten, auf Antrag der königlichen Staatsanwaltschaft wieder exhumiert worden ist, hatte seit mehreren Jahren in der Breeschpromenade in Friedrichshagen gewohnt. Er betrie in der Zentral-Markthalle ein Käsegeschäft Engros und fuhr täglich nach Berlin. Als sich R. vor etwa sechs Wochen in Friedrichshagen frühmorgens auf dem Wege nach dem Bahnhof befand, brach er in der Kurzengasse plötzlich zusammen und war nach wenigen Sekunden bereits tot. Man vermutete damals, daß Rogall an den Folgen eines Herzschlages gestorben sei. Der Tote war in zweiter Ehe verheiratet und aus beiden Ehen sind mehrere Kinder hervorgegangen. Das Familienleben soll recht mäßig gewesen sein und seit dem Tode des Ernährers haben sich die Verhältnisse noch vermehrt. Hieraus ist anscheinend der Verdacht des Giftmordes entstanden. Eine entsprechende Anzeige ist mutmaßlich von Familienangehörigen des Dahingegangenen selbst gemacht worden.

Straßensperrung. Die von der Heindstraße von der Königin Augustastrasse bis zur Friedrich Wilhelmstraße wird behufs Asphaltierung vom 17. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwege und Reiter gesperrt.

Es gibt keine Krankenhäuser. Vor zwei Tagen wurde der 23-jährige Knabe Fritz Geobonel an der Ecke der Chaussee- und Invalidenstrasse durch das eigene Fuhrwerk überfahren und schwer verletzt. Die Räder des schweren Gefährts gingen ihm über Ober- und Unterschenkel hinweg. Der linke Oberarm wurde zweimal und außerdem wurden beide Unterschenkel gebrochen. Ausnahme in einem Krankenhaus konnte der Schwerverletzte nicht finden, da — so schreibt eine Korrespondenz — sämtliche Krankenhäuser besetzt waren. Man brachte den Verunglückten daher nach seiner Wohnung. Im Laufe des gestrigen Tages verschlimmerte sich sein Zustand jedoch derartig, daß man sich veranlaßt sah, es nochmals zu versuchen, ihn in einem Krankenhaus unterzubringen. Nachdem der Krankenträger viermal vergeblich an Krankenhauseingängen vorbeigefahren war, gelang es endlich, mit Mühe und Not, im Hedwigskrankenhaus ein Plätzchen für den Schwerverletzten zu erhalten. Bereits vor kurzem ereignete sich der Fall, daß ein Vater mit seinem kranken Kinde von Krankenhaus zu Krankenhaus wandern mußte, ohne Aufnahme für den Kranken zu finden. Es ist doch endlich einmal Zeit, daß sich die zuständige Instanz zu solchen Vorkehrungen äußert.

Mit 4000 Mark kühnig. Der 21 Jahre alte Buchhalter Georg Auer aus der Landsbergerstraße 95, der in einer großen Eierschneidung angestellt war und sich das größte Vertrauen seines Prinzipals erworben hatte, zog in den Zweiggeschäften 4000 Mark ein. Auf dem Wege nach dem Hauptgeschäft begegnete ihm ein Landmann, ein Handlungsgehilfe, der sich wegen einer kleinen Unterschlagung nicht mehr nach Hause wagte. Dieser überredete den A., die 4000 Mark für sich zu behalten und mit ihm das Weite zu suchen. Auer ging auf den Vorschlag ein und verschwand mit dem Gelde. Jetzt wird er fleißig gesucht.

Eine Sammlung von Straßenschildern scheinen sich unbekanntes Diebe anlegen zu wollen. So sind Ende voriger Woche einem Brennmaterialhändler, Schöneberger Ufer 40, seine beiden Geschäftsschilder heruntergerissen und das eine fortgeschleppt worden. Das selbe Schicksal erlitt in der darauf folgenden Nacht ein Schuhmachermeister V. in Nr. 39; sein Schild im Werte von 15 M. ist spurlos verschwunden. Zwei Nächte später war das Schild des Privatlehrers E. in Nr. 37 abgeschraubt und in den Nachbargarten geworfen. Die Strolche müssen recht lange Zeit zur Verübung

Wred Anzugs gehabt haben, denn das Abnehmen der Schilder war nicht so leicht zu betreiben. Nach alledem muß doch die Verwahrung der ganzen Gegend ungenügend sein.

Die liebe Mama. Ein eigenartiger Unfall, der unerwartet glücklich ablief, ereignete sich in der Zimmerstraße. In dem offenen Anhängerwagen Nr. 106 eines Straßenbahnzuges der Linie P sah die Arbeiterfrau M. mit ihrem etwa 8 Jahre alten Töchterchen. Vor dem Hause Zimmerstraße 7/8 stand die kleine auf, um rückwärts hinauszufahren. Hierbei verlor sie das Gleichgewicht und stürzte auf das Pflaster. In demselben Augenblicke kam aus der entgegengekehrten Richtung ein Lastfuhrwerk in scharfem Trab. Die kleine M. besaß Geistesgegenwart genug, sich beiseite zu werfen und einzig so dem sicheren Tode. Das Mädchen sprang dann auf und lief unverletzt dem Straßenbahnwagen nach; die Mutter, die mit einer Freundin eifrig plauderte, hatte gar nicht bemerkt, was mit ihrem Kinde geschehen war!

Wohnungen in Neubauten. Es wird vom Polizeipräsidium wiederholt darauf gewarnt, Mietverträge über Räume in Neubauten Häusern für eine Zeit abzuschließen, ehe die von der Ausfertigung des Rohbauabnahmescheins ab laufende Frist von sechs Monaten für die Gebrauchsbauabnahme verstrichen ist, da die Polizeibehörde vor Ablauf dieser Frist das Bezahlen solcher Räume nicht dulden und nach den gesetzlichen Bestimmungen auch nicht dulden können. Die Polizeibehörde werden nach wie vor auf Anfragen aus dem Publikum über den voranschreitenden Termin der Bezahlbarkeit von Wohnungen in neuen, beziehungsweise umgebauten Häusern bereitwillig Auskunft erteilen.

Die Ständehaber der Markthalle V am Magdeburger Platz nahmen in einer Versammlung am 14. August Stellung zu den hohen Ständigkeiten. Es wurde betont, daß die Stadt Berlin aus den Markthallen, welche bemittelt Wohlfahrtsanstalten sein sollen, ein Spekulationsobjekt ersten Ranges gemacht habe. Es sei unerhört, wenn man bedenke, daß von sämtlichen 13 Hallen, wovon räumlich nur 5 vermietet seien, der Stadt immer noch ein Uberschuß von circa 150 000 M. in den Schatz geworfen werde. Die kleine Markthalle V auf dem Magdeburger Platz, in der jetzt 54 Stände leer seien, also nur noch 118 Mieter habe, liefere allein den kleinen Uberschuß von 38 000 M. Sollte die letzte Petition in Punkt 10 wieder erfolglos sein, so würden an anderer Stelle Schritte getan werden, an der mehr Verständnis für die äußerst schwierige Lage der bedrückten Ständehaber herrsche.

Tausend Mark sind einem jungen Mädchen auf der Fahrt von Weihen nach dem Anhalter Bahnhof abhanden gekommen. Das Dienstmädchen Minna Kaufmann will sich in Berlin mit ihrem Vorgesetzten, dem Stellmacher Hermann Baum, Sprengelstr. 12, betrauten und hatte daher ihre Ersparnisse im Betrage von tausend Mark von der Sparkasse abgehoben. Während sie ihre Kleider im Koffer verpackt hatte, legte sie das aus zehn Hundertmarkscheinen bestehende Geld in einen kleinen Pappkarton und steckte diesen in eine offene Marktasche zu dem Butterbrod, das sie sich für die Reise mitgenommen hatte. Dieser Leichtsinns rächte sich schwer, denn als sie aus dem Wagon vierter Klasse, in dem sie gefahren war, ausstieg, wurde sie gewahrt, daß das Geld fehlte. Die Beamten wurden von dem Verlust benachrichtigt, doch blieben die Nachforschungen erfolglos und es war keine Gewißheit darüber zu erlangen, ob die tausend Mark verloren gegangen oder im Eisenbahnzuge gestohlen worden sind.

Ein neuer Raubfall im Tiergarten wird gemeldet: Gestern Abend gegen 11 1/2 Uhr wurde auf dem nördlichen Promenadenwege der Charlottenburger Chaussee zwischen dem Kleinen Stern und der roten Brücke dem 27 Jahre alten Dienstmädchen Anna Dölling, Brücken-Allee 33 wohnhaft und in Stellung, von einem schlanken, etwa 1,75 Meter großen, 25 bis 30 Jahre alten Manne eine silberne Handtasche, worin sich ein graubraunes Portemonnaie mit 2,40 M. Inhalt, ein weißes Taschentuch und eine graue Visitenkartentasche befanden, gewaltsam entziffen. Der Täter hatte einen starken blonden Schnurbart, trug einen dunklen Jodentanz, dunklen Schlapphut und einen gelblichweißen Spazierstock. Nach der Tat verschwand der Täter im Gebüsch nach dem Schloß Bellevue zu. Die größte und schönste Erholungsstätte der Bevölkerung Berlins beginnt nachgerade eine der verruftesten Gegenden zu werden.

Der Kriminalpolizei ist es gelungen, einen dritten Tiergartenräuber hauptsächlich zu fassen. Eine Patrouille erwiderte einen stellungsgelassen Handlungsbereitenden Hedor Cohn aus Steint, einen Mann in den zwanziger Jahren, der von fünf Ueberfallenen bestimmt als der Täter erkannt wurde. Der Verhaftete gibt in einem Falle eine gewisse Mitwirkung zu. Er gesteht, ein Mädchen von den Linden nach dem Tiergarten gelockt zu haben, will aber mit dem Raube selbst nichts zu tun haben. Diesen habe vielmehr ein anderer Mann ausgeführt, der nach der Tat ebenfalls entkam und noch nicht ergriffen ist. Die vier anderen Fälle leugnet Cohn überhaupt, das wird ihm aber bei der Bestimmtheit der Aussagen der Ueberfallenen nicht viel helfen. Einweilen wird er nach Moabit gebracht.

Der Mechaniker Charlet, der sich mit Frau und Kind zu töten versuchte, aber allein mit dem Leben davonkam, ist bereits aus der Charité entlassen worden. Er ist zwar noch nicht geheilt, aber doch soweit gebessert, daß man ihn auf seinen Wunsch entlassen mußte. Er blieb auf freiem Fuße.

Feuerbericht. Nur wenig Alarmierungen hatte die Wehr in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Brüderstraße 45 war bald nach Mitternacht in der im Dachgeschloß belegenen Wasserwerkstatt von August Schmidt auf nicht ermittelte Weise Feuer ausgebrochen, das einen gefährlichen Charakter anzunehmen drohte. Bei Ankunft des 20. Löschzuges hatten die Flammen auch schon Teile des Dachstuhles erfaßt und mußte daher kräftig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. — Außerdem wurden nur noch drei kleine Wohnungsbrände aus der Simeonstraße 3, Ackerstraße 32 und aus der Prinzenstraße 112 gemeldet. Möbel, Gardinen, Wäschekästle und Betten wurden in diesen Fällen im wesentlichen beschädigt.

Der 1. Nisteten- und Artistenverband Berlin und Umgegend, gegründet 1896, hält am 20. und 28. August unter dem Ehrenprotektorat des Herrn Professor Dr. Hans Dandriener jun. seinen 7. Weltkongress im Eden und Ringen in vier Klassen im großen Saal der Alhambra, Wallner-Theaterstr. 15, ab und zwar stets von 11 Uhr vormittags an. An der Konkurrenz beteiligen sich die ersten Kräfte des jetzt aus 65 Vereinen bezw. Klubs bestehenden Verbandes.

Theater. Das Belle-Alliance-Theater ist joeden auf mehrere Jahre verpachtet worden. Der zukünftige Pächter, Herr George Lewin, ist der Begründer und vormalige Direktor des Deutsch-Amerikanischen Theaters. Herr Direktor Lewin will im Belle-Alliance-Theater die heiterste Muse pflegen, d. h. Szekularitäten, Burlesken, Operetten, Possen sollen abwechselnd das Repertoire beherrschen. Die Eröffnung des Theaters, welches einer gründlichen Renovation unterzogen wird, soll voraussichtlich am 1. Oktober erfolgen. — Neues Igl. Opern-Theater (Kroll). Heute gehtuccini's „Die Bohème“ zum 5. Male in Szene und morgen findet das bereits angekündigte Gastspiel des italienischen Tenors Pietro Ferraci (Walland) und der Frau Lieban-Gros in der letzten Aufführung von „Carmen“ statt. Die Preise sind bei diesem Gastspiel nicht erhöht. — Apollo-Theater. Fri. Jiona-Sperv. vom hiesigen königlichen Schauspielhaus, tritt jetzt wieder allabendlich in Paul Lindes melodischen Vaudeville „Am Hochzeitabend“ auf.

Vorort-Nachrichten.

Nizdorf.

Der Nizdorfer Krankenhausbau hat wiederum einen erheblichen Schritt vorwärts getan. Nach längeren Vorstudien und Beschäftigungen,

die auch jetzt noch fortgesetzt werden, setzte die Krankenhausbaudeputation in ihrer letzten Sitzung den Grundriß des Krankenhauses fest. Unter Zugrundelegung von 100 Quadratmeter Grundfläche für das Bett, wurde die Bettenzahl auf 700 bestimmt. Wenn gleich 100 Quadratmeter pro Bett auch keine sehr hohe Ziffer darstellt, beträgt doch z. B. im Friedrichshain die Grundfläche für das Bett 122 Quadratmeter und bei den Militär Lazaretten werden sogar 150 bis 180 Quadratmeter gefordert, so kann man doch 100 Quadratmeter bei geschickter Ausnutzung des Terrains als ausreichend ansehen. Ob freilich 700 Betten lange den Bedarf einer Großstadt wie Nizdorf decken werden, ist zweifelhaft. Nach allgemeinen statistischen Angaben sind für 1000 Einwohner 5 Krankenbetten erforderlich, was für Nizdorf schon jetzt einen Bedarf von mehr als 600 Betten ausmacht. Bei der außerordentlich schnellen Bevölkerungszunahme Nizdorfs dürfte sich diese Zahl in zwei Jahren noch bedeutend erhöhen. Nun soll aber zunächst noch gar nicht das Krankenhaus voll ausgebaut werden, sondern vorläufig nur mit circa 350 Betten eröffnet werden. Man verheißt sich allerdings nicht, daß sofort nach Eröffnung dieses Teiles der Rest kontinuierlich weiter gebaut werden muß, da die Krankenhausnot in Berlin immer schlimmer wird und Berlin zu immer stärkeren Abwehrmaßnahmen gegen Kranke der Vororte greift.

Der Anlage kommt es außerordentlich zugute, daß das Terrain ein geräumiges, langgestrecktes, nur vorn etwas schräges Viereck darstellt, das von drei Seiten, der Vorderseite und zwei Längsseiten, von Wegen umgeben ist, so daß die Zufahrt für die Wirtschaftsgebäude, die Zufahrt von Personen mit ansteckenden Krankheiten von Prostituierten, das Abholen von Leichen vollkommen isoliert und so gut wie unbemerkt von statten gehen kann. Vorn an der Potsdamer Chaussee, schräg zu dieser gestellt, befindet sich das Verwaltungsgebäude und rechtzeitig an daselbe gebaut das Operationshaus. Für das Aufnahmegebäude sind die modernsten Prinzipien vorgezogen. Man findet noch in den meisten Krankenhäusern einen Haupteingang, der für Kranke, Besucher, Beamte und im Krankenhaus tätige Personen gemeinsam benutzt wird. Dieser gemeinsame Eingang für Kranke und Gesunde, der sicher seine Schattenseiten hat, ist im neuen Charlottenburger Krankenhaus in der Weise geändert, daß für Publikum, Beamte usw. ein Haupteingang vorhanden ist, während die aufzunehmenden Kranken ihren Weg durch einen anderen Eingang nehmen, der für das Anfahren der Wagen mit einer Rampe versehen ist und so die Kranken ohne Treppen in die Aufnahmeräume bringt.

Diese außerordentlich praktische und hygienisch wertvolle Einrichtung ist auch für das Nizdorfer Krankenhaus vorgezogen. Parallel dem Verwaltungsgebäude folgen dann in der üblichen Reihenfolge die einzelnen Pavillons, links vom Verwaltungsgebäude gesehen, vier Pavillons für innere Krankheiten. In der Mitte zwischen den Pavillons befindet sich ein Badehaus, rechts fünf chirurgische Pavillons. Die Pavillons sollen untereinander durch gedeckte Gänge mit einander verbunden werden, an die sich auch noch Räume für die Aufnahme schließen, so daß die chirurgischen Kranken, ohne über den Hof gebracht zu werden, in den Operationsaal, die inneren Kranken in das Badehaus gelangen können. Das Badehaus ist in achtziger Form gedacht, bei der sich besonders gut um ein Wassernbad in der Mitte die medizinischen Bäder, Dampfbäder, elektrische Lichtbäder, Sandbäder zc. gruppieren lassen. Hinter den Pavillons für innere Krankheiten ist der Wirtschaftshof gelegen, der so projektiert ist, daß die Wirtschaftsgebäude ihre Rückwand dem Krankenhaus zehren und sich nach einem Hof öffnen, der vom Krankenhaus abgelegen ist. Man hofft auf diese Weise die Kranken vor Belästigungen durch Kohlenstaub und die übrigen Gerüche des Wirtschaftsbetriebes zu schützen.

Die Wirtschaftsräume selbst bestehen aus Waschküche und Kuchentisch, Kesselhaus, Remise, Kohlenkammer und Desinfektionshaus — alle diese Gebäude bekommen von der Straße einen besonderen Eingang. In der äußersten Ecke hinter dem Wirtschaftshof liegt das Leichenhaus mit den Sezierkammern. An die chirurgischen Pavillons schließen sich zwei Isolierhäuser für innere ansteckende Krankheiten an. Dahinter liegt ein Isolierhaus für chirurgische Kranke und ein Pavillon für Prostituierte. Zwischen den Hauptpavillons ist schöner freier Raum für Parkanlagen, der sich in der Mitte am Badehaus noch verbreitert. Die Hauptpavillons sind zweistöckig gedacht, die Isolierhäuser einstöckig. Fast in der ganzen Länge der Pavillons sind Liegehallen vorgezogen, um den Kranken möglichst viel Aufenthalt in Sonne und frischer Luft zu gewährleisten. Noch eine recht nützliche Einrichtung soll getroffen werden; jeder Pavillon soll nämlich außer dem Hauptsaal mehrere kleinere Räume für 7, 8, 2 und 1 Bett enthalten, um unruhige Patienten oder auch tuberkulöse und geschlechtskranke Personen von den übrigen zu trennen. Die zweistöckigen Pavillons sind für 48—66 Patienten berechnet, die Isolierpavillons für 30 Patienten. Von dieser Anlage sollen zunächst ausgeführt werden, 2 chirurgische und 2 innere Hauptpavillons, das Verwaltungsgebäude, das Badehaus, das gesamte Wirtschaftshaus, ein chirurgisches Isolierhaus, 2 helle innere Isolierhäuser und die Prostitutionsbarade.

Man beabsichtigt gleich nach den Ferien nach der Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung mit den Parkanlagen zu beginnen. Frühjahr 1906 sollen dann die Erdarbeiten ausgeführt werden, man hofft auch 1906 die Rohbauten fertigzustellen und 1907 die innere Einrichtung auszuführen. Hoffen wir, daß dies Bauprogramm innegehalten wird, damit wenigstens Anfang des Jahres 1908 die Eröffnung des Krankenhauses erfolgen kann und die jetzt bestehende furchtbare Krankenhausnot für Nizdorf beseitigt wird. Daß ein Krankenhausbau in kurzer Zeit bei gutem Willen angefertigt werden kann, beweist das Charlottenburger Krankenhaus, das in 18 Monaten in vortrefflicher Weise vollendet ist.

Charlottenburg.

Gefunden wurden beim Kreideseil am Sonntag, den 23. Juli, im „Vierkewaldchen“ in Steglitz: ein Spazierstock, drei Herren- und drei Damen-Regenschirme sowie ein vergoldeter Herrenring. Die Eigentümer können ihre Sachen beim Gendarm Franz Döring, Steglitz, Hubertusstr. 8, in Empfang nehmen. Das Komitee.

Lichtenberg.

In schlechten Geruch geraten ist der Zentral-Viehhof bei den Bewohnern Lichtenbergs. Seit einigen Tagen verbreitet sich vom Berliner Viehhof aus nach den östlichen Nachbarorten ein derartiger pestilenzialischer Geruch, daß die Einwohner Lichtenbergs beispielsweise tagelang nicht die Fenster öffnen konnten. Die Grundeigentümer werden nun bei dem Polizeipräsidenten vorstellig werden, damit Mittel und Wege sich finden, um diesen gesundheitsgefährlichen Geruch von den Viehanstalten fernzuhalten.

Gefunden wurde in der Frankfurter Chaussee ein Portemonnaie mit Inhalt. Abzuholen: Paulantino, Amtsgericht Lichtenberg, Magdalenenstraße.

Treptow-Dammshulenberg.

Die Schulkinder haben ihre Tätigkeit am Anfange des Sommers begonnen und die Eltern eingeschulten Kinder untersucht. Ob weitere Untersuchungen und Beobachtungen folgen werden, weiß man nicht. Haben doch selbst die Gemeindevorordneten bis jetzt noch keine Kenntnis über die den Ärzten gestellten Aufgaben. Als Entschädigung für zwei Schulkinder sind 400 M. ausgemworfen worden. Bei der geringfügigen Bezahlung kann man eine umfangreiche Tätigkeit freilich nicht erwarten.

Im Esikanal ertrunken. An der Cammer Chaussee badeten Dienstagvormittag 12 bis 15 junge Leute, die den Kanal zu durchschwimmen suchten. Hierbei sank der 19 jährige Mauererkelung Gustaf Vaterloß, der sich wohnungslos in Nizdorf aufhielt, in die Tiefe. Die unternommenen Rettungsversuche waren vergeblich. Die Leiche des Ertrunkenen konnte geborgen werden.

Steglitz.

Der Unglücksfall auf dem Schützenfeste, über den wir am Dienstag berichteten, ist geeignet, die öffentliche Aufmerksamkeit auf bedenkliche Zustände zu lenken, die mit der Abhaltung dieser „Volksspiele“ verbunden sind. Es stellte sich nämlich am Sonntag

heraus, daß auf dem von Tausenden besuchten Festplatz für das arme Kind, dem die verbrannte Haut in Fegen vom Körper hing, keine ärztliche Hilfe zu erlangen war; das verunglückte Kind konnte erst auf der circa 25 Minuten vom Festplatz entfernten Polizeiwache den ersten Verband erhalten. Von der reichen Schenkung, die durch den jährlich zwei- bis dreimal stattfindenden Festtrummel einige tausend Mark an Standgeldern vereinigt, kann man wohl beiseitenerweise verlangen, daß sie einige Mark aufwendet, um wenigstens eine Sanitätswache einzurichten, damit bei Unglücksfällen rasche Hilfe zur Stelle ist. Aber auch die Polizeiverwaltung, die es sich nicht vermag, jede Verammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins durch zwei Gendarme überwachen zu lassen, sollte ihr Augenmerk mehr auf derartige Mißstände richten. Daß die sozialdemokratischen Arbeiter der polizeilichen Bevormundung nicht bedürfen, haben sie tausendfach bewiesen. Aber auch in anderer Hinsicht haben sie geradezu vorbildlich gewirkt. Unsere Polizeiverwaltung, die es schon versucht hat, in den auf Lichterfelder Gebiet (im „Vierkewaldchen“) tagenden öffentlichen Verammlungen durch Kriminalbeamte sich vertreten zu lassen, hätte sich bei den in demselben Lokale abgehaltenen Volksspielen der Arbeiter, die von 14 bis 16 000 Personen besucht waren, davon überzeugen können, auf welche Weise die so viel geschmähten Sozialdemokraten für erste Hilfeleistung in Unglücksfällen bei Massenansammlungen sorgen. Dort waltete die Arbeiter-Sanitätskolonne in ruhiger und musterhafter Weise ihres Amtes. Würde die hiesige unter bürgerlicher Leitung stehende Sanitätskolonne mit gleichem Eifer ihres Amtes walten, dann würde man so harte Urteile über sie, wie sie am Sonntag auf dem Festplatz laut wurden, nicht zu hören bekommen.

Vermischtes.

Glückspiellerrazzia. Eine Anzahl gewerbmäßiger Glücksspieler, die während der letzten Rennen in Doberan und Heiligen-damm Glücksspiele gaben, wurde dort festgenommen. Die Verhafteten sind der Agent Albert W., Kellner D., Tischler H., Kaufmann Max L. und Kaufmann Julius A. aus Berlin. Zwei anderen Berliner Glücksspielern, den Kaufleuten Otto A. und Otto B. ist es gelungen, sich der Verhaftung durch die Flucht zu entziehen; beide werden heftig verfolgt. Außerdem wurden noch bei dieser Gelegenheit fünf Glücksspieler aus Hamburg und ein Agent aus Altona verhaftet.

Entgeißung eines Eyprehzuges. Aus Paris wird gemeldet: Der gestern früh von Paris in der Richtung nach Clermont abgegangene Eyprehzug, in dem sich hauptsächlich Passagiere für die Vadeorette La Bourboule und Mont-Dore befanden, entgleiste aus noch nicht aufgeklärter Ursache bei Gelle-Quercy, nachdem er den Bahnhof dieser Station entgegen dem Fahrplan ohne Aufenthalt durchfahren hatte; fünf Personen wurden verletzt, unter ihnen drei schwer.

Begen Entführung eines Kindes verhaftet wurden bei der Rückkehr von Amerika in Augsburg am Bord des Postdampfers „Pennsylvania“ die vermittelte Amtrichter Anna Elise E., geborene Neubauer und ihr in ihrer Begleitung befindlicher Verwandter, der Grundstücksbesitzer Emil Krümming. Beide wurden seit einiger Zeit wegen Entführung eines minderjährigen Kindes vom Untersuchungsrichter beim Landgericht II Berlin heftig verfolgt. Das entführte Kind, das sie noch bei sich hatten, ist jetzt nach einer Berliner Anstalt gebracht worden.

Briefkasten der Redaktion.

Chicago. Schreiben Sie an den deutschen Konsul, adressieren Sie: German Consul, Chicago, Illinois. Keine besonderen Kosten. Ein Kufur in „Neues Leben“, 117/119 East Lake Str., oder in „Chicagoer Arb.-Ztg.“ oder in „Allgemeine Staats-Neitung“ (gegnerisch) würde vielleicht nützen. Kosten von 4 M. an, je nach Bedienholung. — Emma. Sie irren sich leider. — A. B. Rein. — Adol. Rein.

Juristischer Teil.

N. S. In einem Einsprechen gegen die vermeintliche Verfolgung gibt es keine gerichtliche Handhabe. Verheihen Sie sich nicht in Ihre Auffassung, sondern rechnen Sie mit der Möglichkeit, daß Sie sich irren und wenden Sie sich an einen Arzt, zu dem Sie Vertrauen haben. — N. P. Et. Zu dem Antrag auf schiedsgerichtliche Entscheidung ist Anwaltszwang nicht vorgeschrieben. Sie können die Verurteilung selbst anfertigen — Beispiele und Formulare finden Sie auf S. 576, 577 des „Arbeiterrechts“ — oder sich an Ihren Gewerkschaftsvorstand wenden. — G. V. Sie haben sich zunächst an das Polizeipräsidium zu wenden. Der Gesamtkontanz ist etwa 300 M. — C. S. 27. 1. Ja. 2. 6 Wochen. 3. und 4. Angemessene Zeit zum Aufsuchen eines anderen Dienstverhältnisses (d. von der Kündigung ab Handlungsgeschäften, Gewerbebetrieben und jedem im dauernden Dienstverhältnis Angestellten zu gewähren. Was angemessene Zeit ist, von Fall zu Fall aus Urteilen vom Gericht zu entscheiden. 4. Ja. — H. S. 99. Der Ständebeamte hat das Recht, den Nachweis zu verlangen, daß der von dem Ständehof an einen Ständebeamten sich zu wenden Betroffene nachweislich er zu dem Bezirk gehört. Recht das Ständehofamt Oberwalderstraße die dauerhaften Umstände, wie Sie sie schildern, so beschweren Sie sich beim Magistrat und teilen die Anträge einem der Stadtverordneten mit, demselb bei Gelegenheit der Kapitalerhebung des Beamten niedriger gehängt werde. — A. Ja. H. S. 175. 1. Beschlagnahme und Arrest kann angeordnet werden. 2. Der Arm des vollstreckbaren Urteils reicht auch bis nach Amerika und verordert erst in dreißig Jahren nach dem letzten Vollstreckungsveruch. 3. Reisekosten usw. sind aus dem Reichsurlaub zu ersehen und in den amtlichen Eisenbahn-Kundenscheinen zu erlangen. Vorgehung von 300 bis 500 M. Vergeht genügt in der Regel zum Landen. — W. T. Ein Jahr ist der Mindestzeit für Justizhausstrafe, ein Tag für Gefängnisstrafe. — G. A. 21. Notstandsverbrechen verfahren nicht vor zehn Jahren. Sie sind nun amtswegen verfolgsbar. Eine Anzeige über ein angeblid vor ein bis zwei Jahren stattgehabtes derartiges Verbrechen hat wenig Aussicht auf Erfolg.

Witterungsüberblick vom 16. August 1905, morgen 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C. u. F.		
Saarnbr.	762	StN	—	Regen	17	Haparanda	762	NO	2bedekt	13	
Hamburg	763	N	2bedekt	—	14	Petersburg	765	SE	1wolkg	13	
Berlin	761	StN	—	wolkg	17	Stilly	762	N	3bedekt	16	
Frankf. a. M.	761	StN	2wolkg	—	19	Aberdeen	768	SW	—	heiter	11
München	763	SE	1halb bh.	—	15	Paris	762	SE	2bedekt	18	
Wien	764	D	1wolkg	—	15						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 17. August 1905. Etwas kühl, vorherrschend wolkg mit leichten Regenschauern und schwachen Winden aus wechselnder Richtung. Berliner Wetterbureau.

Wasserstand am 15. August. Elbe bei Ruffig + 0,23 Meter, bei Dresden — 1,08 Meter, bei Magdeburg + 1,81 Meter. — Uckernt bei Stralsund + 1,15 Meter. — Oder bei Rathow + 0,76 Meter, bei Breslau Oberpegel + 4,58 Meter, bei Breslau Unterpegel — 1,76 Meter, bei Frankfurt + 1,18 Meter. — Weichsel bei Braßembünde + 2,24 Meter. — Nege bei Wß + 0,66 Meter.

Berliner Marktberichte. (Ordnung vom Polizei-Präsidenten.) Weizen, geringe Sorte, 90 (88). Roggen, gute Sorte 14,50 (14,85), mittel 14,25 (14,51), geringe 14,82 (14,95). Weizen, gute Sorte 15,50 (14,90), mittel 14,80 (14,10), geringe 14,00 (13,80). Hafer, gute Sorte 16,40 (15,80), mittel 15,50 (14,70), geringe 14,60 (13,90). Zwei Bagen und ab Bahn. Weizen 1 D. 5,32 (4,65). Gerst, neu, 6,80 (4,80). Erbsen, gelbe, zum Kochen 40,00 (30,00). Speldeböhlen, weiße 50,00 (30,00). Linen 60,00 (30,00). Karloffeln 8,00 (4,00). Rindfleisch, vom der Keule, 1 Kilo Gramm 1,80 (1,40). Rindfleisch, Bauchfleisch 1,50 (1,20). Schweinefleisch 1,80 (1,40). Kalbfleisch 2,20 (1,20). Hammelfleisch 1,80 (1,40). Butter 2,50 (2,20). Eier (60 Stück) 4,40 (3,00). Karpfen, 1 R. 2,40 (1,40). Walle 3,00 (1,50). Rander 2,50 (1,40). Nudeln 3,00 (1,40). Saucen 2,40 (1,00). Schokolade 3,00 (1,40). Mele 1,60 (0,80). Klee (60 Stück) 20,00 (3,00).

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Gente:
Dorn's Resi.
Lebensbild in 3 Akten.
Reine Dekorationen und Kostüme.
The Kieffers Pantomime
Mizzi u. Geko Varadi-Duett.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Gebürder Herrnfeld-Theater.
Zum 116. Male:
Die Meyerhains.
Komödie in 3 Akten mit den
Autoren
Anton und Donat Herrnfeld
in den Hauptrollen.
Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.
Vor der Vorstellung und während
der Pausen:
Promenaden-Konzert im Garten.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Säger.
Anfang: 8 Uhr.
Sonntags 7 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
Täglich: Gr. Militär-Konzert.
Bei schönem Wetter im Garten.

Ostbahn-Park.
Am Küstrinerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und **Spezialitäten-**
Vorstellung.
Wochentags: Entree 15 Pf., wofür
ein Glas Bier verabreicht wird, also
kein Entree.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a. Etat der Hochbahn.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Jeden Montag, Donnerstag,
und Sonntag im glänzend
verod. u. elektr. beleuchteten
Etablissement:
Hoffmanns
Nord. Säger.
Nach d. Vorstellung: Tanz,
Sonntags, d. 19.:
Extra-Theaterabend
Tanztränchen.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich
im großen schattigen Garten:
Streich-Konzert.
Ricardo Munez.
Bei ungünstigem Wetter im Saal.

Victoria-Brauerei
Lützowstr. 111/112.
Täglich:
Horst's
Säger.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.
Dienstag, Donnerstag, Sonn-
abend, Sonntag: Tanz.

Paul Schwarz'
Sommer-Theater
Lichtenberg, Dorfstr. 25/26.
Täglich: **Konzert.**
Große Spezialitätenvorstellung.
Das großart. August-Programm.
Anfang 5 Uhr.
Jeden Mittwoch: **Elfte-Tag.**

Otto Pritzkows
Berliner
Abnormitäten-Theater
Münzstr. 16.
Neu! Mit Salamanda, Neu!
die berühmte Feuerkünstlerin,
zum erstenmal in Berlin.
Mr. Daimond, sibirischer
Bauberufmeister.
Mae-Mae-Miiiiiiii

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Ballner-Theater).
Wortspiel-Oper. **Reite Opernwache.**
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Popul. Opernspiel bei halb. Preisen.
Gastspiel Hans Pokorny.
Die verkaufte Braut.
Freitag, abends 8 Uhr:
Popul. Opernspiel bei halb. Preisen.
Die Zauberflöte.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Popul. Opernspiel bei halb. Preisen.
Der Freischütz.
Schiller-Theater N. (Friedr.-Wilh. Th.).
Donnerstag: Geschlossen.
Freitag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der **Mortois-Cyber** und
Heinrich Vötel.
Der Troubadour.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel der **Mortois-Cyber** und
Heinrich Vötel.
Martha oder der Markt zu Richmond.
Im Garten tägl.: Gr. Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.
Sonntag, den 3. September: Metropol-Theater
I. Serie.
Als Erstaufführungen für Deutschland
mit besonderer Genehmigung des Verfassers:
Nummer Achtzig.
Eine Skizze für das Volk von Hermann Heyermans,
Deutsch von Regina Ruben
und
Der Panzer.
Romantisches Soldatenspiel in 3 Akten von Herm. Heyermans.
Deutsch von Franziska de Graaf. In Szene gesetzt
von Karl Waldow.
II. Serie im Carl Weiß-Theater:
Egmont.
Trauerspiel in 5 Aufzügen von Wolfgang v. Goethe.
Musik von Ludwig v. Beethoven.
In Szene gesetzt von Karl Waldow.
Heft 1 unserer Monatschrift erscheint am
1. September und ist in allen Zahlstellen erhältlich.
Alle neuen Mitgliedskarten müssen bis
spätestens am **20. August** aus den Zahlstellen ab-
geholt werden und müssen 2 Mark an 80 Pf. enthalten.
Spätere Meldungen können nur berücksichtigt
werden, soweit etwa Karten freigeblieben sind.
Der Vorstand. 229/11
Die Geschäftsstelle und Kassenverwaltung: G. Winkler.

Neue Freie Volksbühne.
Morwitz-Oper (Schiller-Theater O.).
Sonntag, den 19. August, abends 8 Uhr:
Der freischütz.
Romantische Oper von Carl Maria v. Weber.
Eintrittskarten für Mitglieder a 90 Pf., für Gäste a 1,10 M.
(Parkett-Parquet, 1. Parkett und Logenplätze) sind in allen Zahlstellen zu
haben. 150/11
Der Vorstand. H. H.: Heinrich Neft, Bremerstr. 59 v. II.

Hasenheide 108/114
Neue Welt Arnold Scholz.
Tages- und Abends:
Großes bayrisches Volksfest
(Kellerseite nach Münchener Art).
Doppel-Konzert der bayrischen Vokalkapelle (Dir.
Baron Rudolph) und der 40 Mann
starken Hauskapelle (Dir. Berthold Bothe).
Ausschank von extra eingebrautem **Spezialbier:**
• **Münchener Bergschloß-Bier.** • **Original bayrische Klüche.**
Bedienung von 100 bayrischen Mad'ln in Nationalkostüm.
Anfang 5 Uhr. 30972* Entree 25 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. Artistische Leitung: Paul Milbitz.
Täglich: **Gr. Konzert, Theater** und
Spezialitäten-Vorstellung.
Jeden Donnerstag: **Elfte-Tag.**
Fernsprecher IV. 8891. **Max Kliem.**

Diez' Spezialitäten-Theater
Landsberger Allee 76/79, direkt an der Ringbahnstation.
Es schön! Täglich Es Regen!
im herrlichen Garten oder Saal:
Konzert und Vorstellung.
Vollständig neues Programm,
das **größte und beste**
Berlin.
40 Sensations-Nummern.
Entree Wochentags 30 Pf., Sonntags
50 Pf. Jeder Erwachsene hat ein
Kind unter 10 Jahren frei, ältere
zahlen halben Eintrittspreis.
Gastspiel der weltberühmten
Mlle. Marguerite mit ihrer
großartig dressierten Löwen-Gruppe,
ohne Konkurrenz. U. a. **Feuer-**
u. Flammentanz im Löwenkäfig.
Original Hedwig Döring, beliebte Sou-
veräne. Original Otto Bayer, Humorist.
Der aktuelle Curt Ellen, Humorist.
Dotmar-Marguerite, Brill. Langduett.
Ohne jede Konkurrenz!
Die drei Negalls!
Kraftakt in der Schmiede.

Schweizer-Garten.
Am Königstor. Am Friedrichshain.
Täglich: **Theater**
und
Spezialitäten-Vorstellung.
Volksbelustigungen.
Jeden Abend 10 Uhr:
Arbeit schändet nicht.
Vollständig mit Gesang in 3 Akten.
Jeden Mittwoch: **Kinderspiel**
mit Großdarstellung.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee Nr. 148.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Die Sensation Berlins.
Todesfahrt im Höllekeffel
u. d. Hochfahr-Comp. Bros. Raabing.
Großer Extra-Tanz!
Anf. 4 Uhr. Entree 30, Sperrst. 50 Pf.

Deutsch-Amerikan. Theater.
Sonntag, d. 2. Sept., abds. 8 Uhr:
Wieder-Gründung!
Gastspiel Adolf Philipp
PREMIERE
Aber Herr Herzog!
Weitere Bilder mit Gesang aus dem
Leben d. Deutsch-Amerikaner in 4 Akt.
von Ad. Philipp. 7505

Dankfagung. 7535
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme bei der Beerdigung meines
lieben Vaters, meines guten Vaters
lage ich allen Verwandten, Freunden
und Bekannten und dem Verein zur
Bahrung der Interessen der Ruher
Berlins und Umgebung sowie dem
Pflanzerverein Nordpol meinen herz-
lichsten Dank.
Die trauernde Witwe
Pauline Heinrich, nebst Kindern,
Sählemannstr. 32.

Dankfagung.
Für die rege Anteilnahme und
reichen Kräftspenden bei der Beerdigung
meiner mir unversehrlichen Frau
Maria Hellmich sage ich allen
Verwandten, Freunden, Kollegen und
Bekanntem, besonders dem Gesang-
verein Kriem II meinen besten Dank.
Friedrich Hellmich
und Kinder. 7505

Invaliden-Unterstützungskasse
d. Steindruckers u. Lithographen.
Die Beerdigung des am 14. Aug.
verstorbenen Lichtdruckers
Gerhardt Schmihals
findet statt am Freitag, den
18. August, nachmittags 5 Uhr,
vom Krankenhaus am Urban aus
nach dem Einweihung-Kirchhof, Berl.
Tempelhofer Weg.
7635 **Das Komitee.**

Verband der Fabrik-, Land-,
Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands
Zahlstelle
Ober-Schöneweide.
Todes-Anzeige.
Am 18. d. M. starb plötzlich und
unerwartet unser Kollege
Emil Lehniger
im Alter von 34 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Donnerstag, den 17. d. M., nach-
mittags 5 Uhr, von der Halle des
Ober-Schöneweider Friedhofes
aus statt.
Die Mitglieder werden ersucht,
sich recht zahlreich zum letzten
Gehelt einzufinden.
64/13 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten, Freunden
und Bekannten die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau, unsere
gute Mutter
Minna Woller
geb. Schwarz
am Montag, den 14. August, in-
folge eines Herzschlages ver-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Frei-
tag, den 18. August, nachmittags
3 Uhr, von der Halle des neuen
Kazareth-Kirchhofes, Reimichen-
dorf-Weit, Kögelstraße 3, aus statt.
L. Woller nebst Kindern.

Am Montag, den 14. August,
nachmittags 4 Uhr, verstarb nach
langem und schmerem Kranken-
lager unser guter Vater, Schwieger-
vater und Großvater, der Pro-
dukthändler
7645
Gustav Joseph
im 65. Lebensjahre.
Die Beerdigung findet statt am
Freitag, den 18. August, vor-
mittags 9 Uhr, von der Leichen-
halle des Jüdischen Friedhofes in
Weißensee, Lötzingenstraße.
Um stille Beileid bitten für die
trauernden Hinterbliebenen
S. Joseph, Tiefstr. 34.

Havelocks
von Loden, einreihige Form, ohne
Ärmel, mit voller, vorn abgefütterter
Pelerine, marengo, grau, brünnlich oder
grünlich meliert
8.50, 12, 15, 18, 20, 22.50, 25, 30 und 35 Mark.

**Wetter-
Pelerinen**
von wetterfestem Loden,
mit u. ohne Kapuze, grau,
marengo oder olive meliert
**10.50, 12, 15, 18, 21,
24 u. 27 Mark.**

**Herbst-
Paletots**
einreihige Form, von
Cheviot, Satin oder Covert-
Coat, meliert, gestreift
oder kariert
**20, 25, 30, 35, 40,
45 und 50 Mark.**

Große Welten für extra
starke Herren stets vor-
rätig.

Der Verkauf findet nur
gegen Barzahlung und
zu streng festen Preisen
statt.

Carl Stier
Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe
Berlin SO., Berlin SW.,
Oranienstr. 166 Potsdamerstr. 113a
Potsdam, Nauenerstr. 23.
Nach außerhalb sende Muster u. Maßanleitung.

Während der heißen Jahreszeit ist besonders zu
empfehlen:
30872*
Dr. Michaelis'
Eichel-Kakao
von Herzten erprobt bei Magen- u. Darmstörungen,
... sowie Brechdurchfall bei kleinen Kindern ...
Gleich wirksam bei Kindern wie Erwachsenen.
Ein vorzügliches Kräftigungsmittel
besonders nach diesen Krankheiten.
In 1/2 Ko. 1/4 Ko. u. Probeflaschen
Net. 2,50 Net. 1,30 50 Pf.
Vorrätig in Apotheken und Drogerien.

Gesundheit ist Reichtum!
Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.
Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** Ritter-Bad
Gr. Frankfurterstraße 136. Ritterstr. 18, Ecke Prinzenstraße.
Medizinische Bäder aller Art
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen
für Damen und Herren.
2 Wannen-Bäder mit je 2
Handtuchern
0,75 Mk. (40 Minuten Badzeit)
Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bäder!

Nach beendeter Saison
Ausnahmepreis!
Reichgesteckte
abge- **Portieren**
paßte
Die **Dekoration**
kompletto
(best. aus 2 Flügeln u. 1 Querb.)
in **Viktoriatuch** 5²⁵ (Wert
8,50)
in **Wollserge** 5⁸⁵ (Wert
10,50)
in **Plüsch** 10⁵⁰ (Wert
16,00)
Eine Partie Wollportieren mit
allerliebster Blumenkante per
Schal 3 Mark.
Teppich-Spezialhaus
Emil Lefevre
Berlin Oranienstr. 158.
Nach auswärts per Nachnahme.
Pracht-Katalog ca. 600
Abbild.
gratis u. franko.
Extra billig!
div. Teppiche
mit kleinen 8814.*
Webefehlern!

